Berichte vom Kampf der Stahlarbeiter

Seite 4/5

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 49, 8. Dezember 1978 — 12. Jahrgang — 50 Pfennig

Solidarität mit den streikenden Stahlwerkern!

80.000 ausgesperrt!

Vollstreik heißt den Spieß umdrehen!

Streik und Aussperrung in der Stahlindustrie. Die Stahlarbeiter stehen in einem schweren Kampf, der für die gesamte Arbeiterklasse in der Bundesrepublik und Westberlin große Bedeutung hat. Es geht darum, den rücksichtslosen Rationalisierungsfeldzügen der Kapitalisten, die immer mehr Werktätige in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedrohen, Zügel anzulegen.

Und nicht zuletzt geht es darum, dem Aussperrungsterror der Konzernherren zu kontern. Dieser skrupellosen Machtdemonstration der Kapitalisten muß die mächtige Kraft der geschlossenen Streikfront der Stahlwerker entgegengestellt werden.

Es ist für die Arbeiterklasse eine brennende Notwendigkeit, mit konsequentem, unversöhnlichem und machtvollem Kampf der Ausbeutungsoffensive des Kapitals entgegenzutreten. Mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und nach einer Lohnerhöhung, die um keinen Pfennig unter 5 Prozent liegt, sind die Stahlwerker den Kapitalisten entgegengetreten. Ihre Kampfentschlossenheit zwang die Gewerkschaftsführung, grünes Licht für Streik zu geben. Das ist ein wichtiger Erfolg, der die Kampfbedingungen der ganzen Arbeiterklasse stärkt. Denn jeder Durchbruch gegen den mit dem Kapital und dem Ausbeutungssystem verwachsenen DGB-Apparat, gegen seine Bemühungen, die Arbeiterklasse am Kampf zu hindern, ist eine Barrikade gegen die Angriffe der Kapitalisten.

Die kapitalistischen Monopole sind entschlossen — getrieben von der Krise —, um jeden Preis höheren Profit aus den Arbeitern herauszupressen. Die DGB-Führer als Lakaien und Anhängsel des Monopolkapitals versuchen, dieser Profitoffensive Bahn zu brechen: Durch die Verhinderung einer mächtigen, geschlossenen Kampffront der Arbeiterklasse. Deshalb haben sie die Taktik des Schwerpunktstreiks ausgebrütet. Deshalb haben die Loderer, Herb und Konsorten den Stahlkapitalisten das Tor für den brutalen Aussperrungsterror aufgestoßen. Sie haben es zugelassen, daß 66.000 Stahlwerker, Streikende und Nichtstreikende, ausgesperrt wurden, ohne daß ein entsprechender Gegenschlag von der Gewerkschaft erfolgte. Aber bei den Mannesmann-Röhrenwerken in Mülheim/Ruhr sind 2.000 Kollegen gegen die Aussperrung in die Streikfront eingetreten. Das konnten die Bonzen nicht verhindern. In ausgesperrten Betrieben, die von der IGM-Führung vom Streik ausgeschlossen wurden, haben die Kollegen zeitweise die Tore völlig dichtgemacht. Das sind Schritte, die die Kraft der kämpfenden Arbeiter zeigen, Schritte zur Durchbrechung der Abwiegelungspolitik der IGM-Führung.

Loderer und Konsorten brüten jetzt neuen Verrat aus. Sie wollen den Streik der Stahlwerker lieber heute als morgen abwürgen. Die Stahlwerker aber und auch viele untere IGM-Funktionäre kämpfen um die Ausweitung des Streiks. Ihre Losung ist: Vollstreik zur Durchsetzung der gerechten und notwendigen Forderung der Stahlwerker. Jeder klassenbewußte Arbeiter, jeder ehrliche Gewerkschafter muß sich damit solidarisieren, muß zur Stärkung der Streikfront beitragen! (Ausführliche Berichte über den Kampf der Stahlwerker auf den Seiten 4 und 5.)

Stahlarbeiter im Kampf



28. November, Mannesmann-Huckingen: Die Streikfront steht trotz Schnee und Eis

Mannheim/Frankfurt

Demonstrationsverbot und Polizeieinsätze

Mannheim glich am vergangenen Wochenende einer belagerten Stadt. Fünf Hundertschaften Polizei besetzten das Zentrum, um das einen Tag zuvor ausgesprochene Verbot einer Demonstration der „Iran-Initiative" gewaltsam durchzusetzen. Die Straßenkämpfe in Frankfurt und das Weihnachtsgeschäft in der Innenstadt mußten als Begründung für dieses Verbot herhalten.

Polizeieinheiten machen Jagd auf diskutierende Gruppen. Chemical Mace wird eingesetzt, mehrere Passanten werden verhaftet. Wo mehrere Menschen stehenbleiben, werden sie auseinandergejagt. Alles, was Ausländer ist, muß sich diskriminierenden Untersuchungen unterziehen lassen. Türken, die mit der Demonstration nichts zu tun haben, müssen ihre Einkaufstaschen öffnen. Jegliche politische Aktivität ist in der Innenstadt verboten. Unter diesen Umständen kann keine Demonstration, keine Kundgebung stattfinden.

Totales Verbot politischer Kundgebungen auch in Frankfurt. Eine Demonstration der Generalunion Afghanischer Studenten ist ebenso verboten worden wie eine KBW-Demonstration zur Unterstützung des Volkes von Simbabwe. Auch in Frankfurt macht die Polizei am Samstag Jagd auf alles, was auch nur den Anschein einer politischen Kundgebung erweckt. Nach Zeitungsberichten sind in Mannheim und Frankfurt über 100 Menschen festgenommen worden.

(Siehe auch Artikel auf Seite 2.)

Staatlicher Terror in Spanien

19 Republikaner eingekerkert

Wieder einmal haben die Organe des monarchistischen Regimes in Spanien zugeschlagen, um die Aktionen der Antifaschisten zu ersticken. Am Dienstag stürmten sie eine Versammlung, auf der sich in Madrid das „Internationale Tribunal gegen die Verbrechen des Francismus" gebildet hatte. Die Anklage gegen Massenmord, Folter und Unterdrückung durch die faschistische Franco-Diktatur — das ist auch im heutigen „demokratischen" Spanien ein Verbrechen. 19 Mitglieder des Tribunals wurden verhaftet und anderntags den Justizbehörden überstellt.

Darunter die Genossen Jose Viera und Rafael Blasco von der Republikanischen Konvention und die Genossen Pablo Mayoral und Manuel Canavares von der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten. Die beiden Genossen unserer Bruderpartei gehören zu denen, die schon von den Schergen des Franco-Regimes eingekerkert und von der faschistischen Blutjustiz zum Tode verurteilt wurden. Der heldenhafte Kampf der spanischen Werktätigen hat ihnen die Gefängnistore geöffnet. Und jetzt sind sie wieder eingekerkert, weil sie öffentlich die Verbrechen der Franco-Diktatur angeprangert haben. Was könnte deutlicher zeigen, daß die heutigen Herren Spaniens trotz aller demokratischen Lippenbekenntnisse in den Fußstapfen Francos wandeln?

Auf einer Sitzung des Tribunals in Alicante spricht Juan Jose Garrido, ein ehemaliger Leutnant der Volksmilizen

Bis zum Redaktionsschluß waren die 19 Mitglieder des Tribunals weiter in Haft. Der brutale Willkürakt des spanischen Regimes hat in Spanien selbst und unter den Demokraten und Antifaschisten im Ausland breite Empörung hervorgerufen.

Freiheit für die eingekerkerten Mitglieder des „Internationalen Tribunals gegen die Verbrechen des Francismus"! (Siehe auch Seite 11).

Apel und sein Generalinspekteur

Neun Monate nach dem Rücktritt des ehemaligen Bonner Kriegsministers Leber hat jetzt auch der höchste Offizier der Bundeswehr, Generalinspekteur Wust, seinen Hut genommen. Sein Nachfolger im Amt wird Generalleutnant Brandt, der als militärischer Vertreter im NATO-Militärausschuß Erfahrungen in den Kommandostäben des westlichen Kriegspakts gesammelt hat.

Um Wusts Rücktritt haben sich eine Reihe von Spekulationen gerankt. So war zum Beispiel zu hören, er habe sich für eine Aufwertung des militärischen Postens des Generalinspekteurs gegenüber den „zivilen" Staatssekretären des Kriegsministeriums eingesetzt und sei damit an Apels Widerstand gescheitert. Die SPD hat das benutzt, um wieder einmal das Märchen vom "unsoldatischen" Minister Apel aufzupolieren. Der SPD-Militärexperte Ahlers erklärte in diesem Zusammenhang sogar: "Hans Apel ist nach wie vor im Grunde ein überzeugter Antimilitarist und Pazifist."

Ein Pazifist im Amt des Kriegsministers? Eine lächerliche Behauptung. Apel unterscheidet sich grundsätzlich in nichts von seinen Vorgängern, auch wenn er nicht ständig mit einem schwarzen Barett auf dem Kopf herumläuft wie Georg Leber. Er hat die Aufgabe, den zweitstärksten Militärapparat der westlichen Welt zu organisieren und noch weiter aufzubauen. Man muß sich nur einmal zwei Ereignisse aus den letzten Tagen ansehen, die ein bezeichnendes Bild darauf werfen, wie gut Apel seine Aufgabe zu lösen versteht.

Da ist einmal im Verteidigungsausschuß des Bundestags die Beschaffung des amerikanischen Spionagesystems AWACS durchgepeitscht worden, das in absehbarer Zeit auf dem Boden der Bundesrepublik stationiert wird. Da ist zum anderen ein Brief, den Apel vor einigen Tagen an die Gewerkschaften und die Unternehmerverbände gerichtet hat. Darin bittet der Minister die führenden Herren um Gespräche, um ihnen zu erläutern, daß in der Zukunft in einem noch nie dagewesenen Umfang Werktätige aus dem Produktionsprozeß herausgenommen werden sollen, um sie als Reservisten in Militärübungen zu drillen.

Wie man sieht: Hans Apel ist zwar noch nicht lange in seinem Amt als Kriegsminister. Aber um die Aufrüstung der Bundeswehr und um die weitere Militarisierung unseres Landes hat er sich schon verdient gemacht.

Soldaten im Einsatz bei der Bundesbahn

Mit einem unverschämten „Alarmbrief" trat vor einigen Wochen der stellvertretende Verwaltungsvorsitzende der Bundesbahn, Sohl, an die Öffentlichkeit. In diesem Schreiben machte er einen angeblichen Personalüberhang und die „zu hohen Einkommen" der Eisenbahner verantwortlich für das Defizit bei der Bundesbahn. Und natürlich war Herr Sohl auch schnell mit dreisten Forderungen nach Lohnkürzungen und Massenentlassungen zur Hand.

Personalüberhang bei der Bundesbahn? Die Gewerkschaft der Eisenbahner teilte in der vergangenen Woche mit, daß gegenwärtig im Weihnachtsverkehr sogar Strafgefangene und Bundeswehrsoldaten als Aushilfskräfte eingesetzt werden müssen. Ein deutliches Zeichen dafür, wie sehr die Bundesbahnbetriebe schon durchrationalisiert sind.

Satte Gehaltszulagen für Spitzenbeamte

Ganze 5 Prozent Lohnerhöhung fordern die Stahlarbeiter in ihrem gegenwärtigen Tarifkampf. Für die Stahlbarone jedoch ist auch diese Forderung „völlig unannehmbar". Im Chor mit den Ministern aus Bund und Ländern schreien sie nach „maßvollen" Abschlüssen.

Aber natürlich gibt es in unserem Land zweierlei Maß. Während nämlich die Stahlwerker für die 5 Prozent in den Streik traten, gab es in einem anderen Bereich an Rhein und Ruhr fette Gehaltserhöhungen von sage und schreibe bis zu 19 Prozent. Wer die kassiert? Die Spitzenbeamten von Nordrhein-Westfalen. Die Oberstadtdirektoren der Städte von der Größenordnung Kölns oder Essens zum Beispiel können ihre Bezüge von 9.152 auf 10.900 Mark aufstocken.

Aber das ist kein Einzelfall. Ebenfalls in der vergangenen Woche wurde gemeldet, daß der niedersächsischen CDU ein Entwurf vorliegt, nach dem die Bezüge des Ministerpräsidenten Albrecht um 6.050 (!) Mark aufgebessert werden sollen. Das sind 25 Prozent. Die Lohnerhöhung, für die gegenwärtig die Stahlarbeiter im niedersächsischen Osnabrück kämpfen, würde ungefähr 100 Mark ausmachen. Der „Landesvater" Albrecht nimmt sich 60mal soviel. Aber „maßlos" sind eben die Forderungen der Arbeiter. Sagen die Kapitalisten und ihre Politiker.

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Nach der Frankfurter Anti-Schah-Demonstration

Ausländerhetze und Angriff auf die Versammlungsfreiheit

Von verantwortlichen Politikern aller bürgerlichen Parteien angeheizt, rollt seit letzter Woche eine Welle der verstärkten Ausländerhetze über die Bundesrepublik. Von „ausländischen Akteuren der Gewalt" ist die Rede, von „flagrantem Mißbrauch des Gastrechts". Den Gipfel rassistischer Hysterie stellte die Aktion eines Frankfurter Fachhochschulprofessors dar: Er verteilte ein Flugblatt, worin er die „Sch...-Perser" aufforderte, „ihre Sch...-Revolution" doch in „ihrem Sch...-Land" zu machen; er brach seine Vorlesung ab — nur, weil persische Studenten anwesend waren.

Anlaß für die Ausländerhetze bildete die Anti-Schah-Demonstration vom 25. November in Frankfurt, wo ein großes Polizeiaufgebot eine unerwartete und respektable Schlappe erlitten hatte. Unverzüglich wurde nach schärferer Unterdrückung der Ausländer geschrien, aber auch nach einer Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten überhaupt. Der Unterton der Rachsucht in allen Reden, Forderungen, Erklärungen und Kommentaren aus dem bürgerlichen Lager war unüberhörbar.

Unter dem Titel „Hinaus mit ihnen" forderte die „Frankfurter Allgemeine" etwa ganz offen, „die gewalttätigen Ausländer ganz schnell auszuweisen, und zwar nicht fünf oder zehn oder zwanzig, sondern mindestens Hunderte!" (27.11.) Frankfurts Oberbürgermeister Wallmann (CDU) beeilte sich, ein Zeichen zu setzen; er kündigte an, daß die in Frankfurt wohnenden „gewalttätigen Perser" ausgewiesen würden. Das Kabinett der hessischen Landesregierung (SPD und FDP) billigte diese Maßnahme ausdrücklich. Ministerpräsident Börner beauftragte seinerseits den Innenminister Gries, beim Bundesinnenministerium die Möglichkeiten für ein Verbot der Conföderation Iranischer Studenten — CISNU — prüfen zu lassen. Und der beleibte Gries posaunte aus seinen vollen Backen: „... Ich bin der Meinung, daß hier ein Exempel statuiert werden muß."

Einig waren sich alle Parteien in der Forderung nach schärferer Anwendung der reaktionären Ausländergesetze. In zahlreichen Stellungnahmen und Kommentaren wurde darauf hingewiesen, daß diese Gesetze vielfältige Möglichkeiten zur Knebelung und Maßregelung fortschrittlicher Ausländer böten, die nur umfassend ausgeschöpft werden müßten.

Verschiedentlich wurde auch die Forderung nach einem Verbot der politischen Tätigkeit überhaupt gestellt. So schreibt die „Süddeutsche Zeitung": „In der Tat entspräche ein generelles Verbot jeder politischen Betätigung dem Rechtszustand in vielen europäischen und außereuropäischen Ländern" (2.12.).

Man muß sich vergegenwärtigen, daß sich die genannten Vorhaben in erster Linie gegen fortschrittliche, antifaschistische, antiimperialistische und kommunistische Ausländer und ihre Organisationen richten. Sie richten sich gegenwärtig insbesondere gegen die in der Bundesrepublik lebenden Vertreter des iranischen Volkes, das sich im revolutionären Kampf gegen das faschistische Schah-Regime erhoben hat. Die Pläne und Maßnahmen der westdeutschen Politiker sind insofern auch Stützungsmaßnahmen für das bedrohte Schah-Regime; sie sind ein Ausdruck der Zusammenarbeit der westdeutschen Imperialisten und iranischen Faschisten. Dabei nehmen die Verantwortlichen bewußt — und dies bezeugen ihre Äußerungen — in Kauf, daß auf die Abgeschobenen im Iran Folter und Tod warten.

Die Forderungen der bürgerlichen Politiker gehen aber nicht nur in der Richtung einer schärferen Unterdrückung der Ausländer, sondern der Verschärfung des Demonstrations- und Versammlungsrechts überhaupt. Da beklagt sich etwa der „Bayernkurier": „Früher wurde jeder Teilnehmer an einer gewalttätigen Demonstration wegen Landfriedensbruch bestraft. Heute muß der Täter identifiziert, seine Tat präzise nachgewiesen werden." Dieser „tristen Alltags-Libertinage" will nun die CDU/CSU Abhilfe verschaffen. Sie fordert, das Demonstrationsrecht dahingehend zu verändern, daß jeder Demonstrant verpflichtet ist, „eine gewaltsam werdende Demonstration zu verlassen, weil er sich sonst des Landfriedensbruchs schuldig machen würde" (Dregger).

Weiter fordert die CDU/CSU eine Änderung der allgemeinen Verbotsklausel des Versammlungsgesetzes. Nun soll der jeweilige Veranstalter die Beweislast tragen und nachweisen müssen, daß die anzumeldende Demonstration gewaltlos verlaufen wird, daß für alle Eventualitäten entsprechende Vorsorgemaßnahmen getroffen sind.

Ergänzt wird die Debatte durch Forderungen nach Verstärkung und besserer Ausrüstung der Polizei, so etwa durch Sprecher der Polizeigewerkschaft.

Und wieder wird auch die Forderung nach einem Verbot der sogenannten „K-Gruppen" erhoben. So schreibt etwa der „Bayernkurier": „Daß die K-Gruppen zu den Haupträdelsführern dieser Eskalation des Terrors gehörten, liegt auf der Hand." Man dürfe „... Forderungen nach Verboten für diese vor Gewalt nicht zurückschreckenden Gruppierungen nicht länger mit Scheinargumenten begegnen".

Offen gesagt ...

Vietnamfreunde?

Die 163 Flüchtlinge aus Vietnam trafen am vergangenen Sonntag in ziemlich erbärmlichem Zustand auf dem Flughafen in Hannover ein; der Empfang jedoch, der ihnen bereitet wurde, war von der Art, wie er sonst nur einem Staatsmann zuteil wird: die Flüchtlinge bewegten sich im Fernsehlicht; jeder ihrer Schritte wurde von Reportern und Fotografen verfolgt, von Würdenträgern beklatscht. Ein Minister war es, der sie aus Malaysia hergeleitet hatte; ein Ministerpräsident gar — der niedersächsische Albrecht nämlich — hielt die Begrüßungsansprache.

Der Aufwand, der um die Ankunft der „lieben Mitmenschen aus Vietnam" (Albrecht) betrieben wurde, steht in sonderbarem Gegensatz zur sonstigen bundesdeutschen Ausländerpolitik, zur Praxis der Hetzkampagnen, der Diskriminierung, Entrechtung und Maßregelung fortschrittlicher Ausländer. Er steht vor allem im Gegensatz zu der in langen Jahren dem vietnamesischen Volk gegenüber geübten Politik. Bonn hat stets den Vernichtungskrieg der US-Imperialisten unterstützt. Bonn trägt die Mitschuld daran, daß Vietnam so verwüstet und durcheinandergewühlt wurde, daß die Auswirkungen noch lange nicht behoben sein werden.

Als Kumpane der US-Imperialisten sehen sich die Bonner Politiker genötigt, für die Folgekosten des Krieges in Indochina mit aufzukommen. Sie suchen jedoch auch daraus politisches Kapital zu schlagen. Das Elend der Flüchtlinge nutzen sie dazu aus, ein antikommunistisches Rührstück größten Ausmaßes zu inszenieren. Hannover ist dabei nur ein Vorspiel. Niedersachsen allein will 1.000 Flüchtlinge aufnehmen; andere Bundesländer werden folgen. Die Bonner Menschenfreunde stört es nicht, daß sie durch ihre angeblich humanitären Aktionen die Menschenhändler noch ermutigen, die sich am Elend der Flüchtlinge bereichern. 3.000 bis 4.000 Dollar fordern sie für die ungewisse Überfahrt auf schrottreifen Kähnen. Während Ministerpräsident Albrecht die Flüchtlinge in Hannover begrüßte, sank wieder ein Schiff vor der malayischen Küste, ertranken dabei 54 Menschen!

A propos Albrecht! Die freiheitlich-demokratische Menschenfreundlichkeit dieses Herrn ist aktenkundig: im Sommer dieses Jahres erst hat er die „Sicherheitsverwahrung für politische Gewalttäter" gefordert; die Folter hält er als Mittel der Politik für „sittlich gerechtfertigt".

Kurz berichtet

Westberlin

Die Antifaschistische Front in Westberlin hat am 25.11. in einem selbstverwalteten Jugendzentrum eine erfolgreiche Info-Fete durchgeführt. Die Genossen schrieben uns darüber:

„Ein umfangreiches Aufgebot vom ‚Kontaktbereichsorchester' über die ‚Fliegenden Blätter' (Volksmusik) bis zum ‚Roten Peffer' (Theater) sorgte für ein gutes Kulturprogramm, das begeistert aufgenommen wurde. Weder der ‚Rote Pfeffer' noch die ‚Fliegenden Blätter' kamen ohne Zugabe davon.

Dazwischen kam von Thomas Koch ein Bericht über den Hamburger Antifaschistenprozeß. Thomas ist einer der neun, die wegen einer Demo gegen ein internationales Faschistentreffen angeklagt sind. Begeisterung löste die Nachricht aus, daß der Prozeß nach 42 Verhandlungstagen geplatzt ist. Einem Befangenheitsantrag gegen einen beisitzenden Richter wurde stattgegeben. Im Laufe des Abends kam noch ein Bericht der Antifaschistischen Front von unserer Arbeit und unseren Vorstellungen. Mit ca. 1.000 Besuchern im Verlauf der sechsstündigen Veranstaltung, von denen immer nur 500 im Raum Platz hatten, war die Veranstaltung ein Erfolg."

(Die Vollversammlung der Antifaschistischen Front findet jeden Samstag um 15 Uhr im Georg-von-Rauch-Haus, Berlin-Kreuzberg, Mariannenplatz 1a, statt.)

Dortmund

In Dortmund-Hörde haben sich Hausfrauen und berufstätige Frauen zusammengetan, um gemeinsam für die Interessen von Frauen und Kindern einzutreten. Ihre erste Aktion war in der Vorweihnachtszeit eine Aktion gegen Kriegsspielzeug unter dem Weihnachtsbaum. Die Frauen fordern: „Verbot des militaristischen Spielzeugs! Verbot des Spielzeugs, das den Hitler-Faschismus verherrlicht!" Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, haben die Frauen zu einer Unterschriftensammlung aufgerufen.

Hannover

Rund 150 Antifaschisten versammelten sich am Sonnabend zu einer Kundgebung. Der ursprüngliche Anlaß dafür war ein für den gleichen Tag angekündigter Aufmarsch der Faschisten gewesen. Aufgrund der starken Proteste hatten die Behörden die Nazikundgebung verboten. Einzelne Faschisten in bekannter schwarzer Kampfmontur wurden am Bahnhof gesehen. Sie wagten es jedoch nicht, Provokationen gegen die antifaschistische Kundgebung zu unternehmen.

Letzte Meldung

Der Prozeß gegen den Genossen Jochen Beyer (siehe Artikel aus Seite 7) ist auf den 10. und 15. Januar verschoben worden. Bei dieser Gelegenheit möchten wir darauf hinweisen, daß weitere Informationen über den Prozeß bei der „Initiative gegen Zensur und Abbau der Pressefreiheit" zu erhalten sind. Die Initiative ist zu erreichen über Jürgen Janz, Eislebener Straße 8, 4630 Bochum 7.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Verfassungsschutzklage der Kapitalisten gegen die Mitbestimmung

In der vergangenen Woche wurde vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Beschwerde von 29 Unternehmerverbänden und neun Konzernen gegen das Mitbestimmungsgesetz von 1976 verhandelt. Die Kapitalisten verlangen, daß dieses Gesetz, das seinerzeit mit der überwältigenden Mehrheit der Stimmen aller bürgerlicher Parteien im Bundestag verabschiedet wurde, für verfassungswidrig erklärt wird.

Das Gesetz verfügt für alle Unternehmen mit über 2.000 Beschäftigten, die als Aktiengesellschaft oder GmbH firmieren, die sogenannte paritätische Besetzung des Aufsichtsrats aus Vertretern der Kapitaleigner und aus „Arbeitnehmervertretern". Tatsächlich jedoch gibt es keine Parität (Gleichheit) bei der Besetzung. Denn zum einen wird auch der Vertreter der leitenden Angestellten, also des Managements, zu den Arbeitnehmern gezählt; zum anderen hat der Vorsitzende des Aufsichtsrats, den die Kapitalisten stellen, in Pattsituationen ein Doppelstimmrecht, womit er letzlich jede Entscheidung durchsetzen kann.

Außerdem sieht das Mitbestimmungsgesetz die Einrichtung eines „Arbeitsdirektors" vor: Das für Personalfragen zuständige Vorstandsmitglied soll „das Vertrauen der Belegschaft bzw. ihrer gewerkschaftlichen Vertretung" besitzen. (Anders als in der Montanindustrie, wo es schon seit 27 Jahren eine wesentlich weiter gefaßte Mitbestimmung gibt als sie nach dem 76er Gesetz vorgesehen ist, ist die Bestellung dieses Arbeitsdirektors nicht an die Zustimmung der „Arbeitnehmervertreter" gebunden.)

Und gegen dieses Gesetz über die Mitbestimmung laufen die Kapitalisten jetzt Sturm. Ihre Vertreter, angefangen bei den Bossen der Großchemie bis zu den Herren der Autoindustrie, machten klar, was sie unter „verfassungswidrig" und „verfassungsgemäß" verstehen. Es ist das „Eigentum an den Produktionsmitteln", das sie zum Maß aller Dinge erklären. Eiskalt erteilen sie all dem Gerede über die soziale Bindung des Eigentums, das hierzulande immer wieder von den bürgerlichen Politikern und den Gewerkschaftsbonzen angestimmt wird, eine Abfuhr. **Sie** sind die Herren in den Betrieben, so stellen sie es heraus, und sie denken nicht daran, sich von irgendwem in ihre Geschäfte hineinreden zu lassen.

Die Bosse beschwören vor dem Bundesverfassungsgericht die „Freiheit der Persönlichkeit", über deren Achtung dieses Gericht zu wachen hätte. Und ebenso brutal wie unmißverständlich machten sie klar, was unter dieser Freiheit zu verstehen sei: einzig und allein ihre Profitinteressen, ihre Freiheit, nach Belieben ihre wirtschaftlichen Macht einzusetzen. Ihre Freiheit, die Werktätigen bis aufs Blut auszubeuten, sie auf Kurzarbeit zu setzen, auf die Straße zu werfen, auszusperren, gerade wie es ihnen paßt. **Sie** sind die Herren im Hause, das war die eindeutige Aussage der Kapitalisten vor dem Verfassungsgericht. Von irgendwelchen Grundrechten oder Freiheiten der arbeitenden Menschen war in all ihren Ausführungen natürlich kein einziges Mal die Rede.

Umso lauter lamentierten sie über die angeblichen, tiefgehenden Verletzungen ihrer Grundrechte durch das neue Mitbestimmungsgesetz. Da wären ihr Recht auf Eigentum, ihr Recht auf Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit, ihr Recht auf wirtschaftliche Handlungsfreiheit und so weiter und so fort bedroht. Im wesentlichen liefen diese Vorwürfe darauf hinaus, daß durch das neue Mitbestimmungsgesetz die „Arbeitnehmerseite", also vor allem die Gewerkschaften, einen solchen Einfluß gewinnen würden, daß sie, die Kapitalisten, nicht mehr frei in ihren Entscheidungen, nicht mehr Herr im Hause wären. Aber wie schon die oben angeführten Bestimmungen des Gesetzes gezeigt haben, ist dieser Vorwurf völlig absurd. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß die sogenannten Arbeitnehmervertreter, die reaktionären Gewerkschaftsbonzen, sich in den Aufsichtsräten der mitbestimmten Unternehmen noch niemals gegen die Profitinteressen der Kapitalisten gestellt haben.

Ob es um das Zechensterben an der Ruhr oder die Massenentlassungen bei VW ging, die Mitbestimmer von der IG Bergbau oder der IG Metall haben niemals auch nur den Versuch unternommen, die „Freiheit" der Kapitalisten, die Arbeitsplätze von Hunderttausenden zu vernichten, in Frage zu stellen. Im Gegenteil, sie unternahmen alles, um die Kämpfe der Arbeiterklasse gegen den Terror der Kapitalisten zu ersticken. Die Monopolherren wissen schon, was sie an diesen Mitbestimmern und an der Mitbestimmung überhaupt haben. So konnte der DGB-Chef Vetter denn in Karlsruhe auch darauf hinweisen, daß es 1947 die Kohle- und Stahlbarone waren, die „volle Mitbestimmung in Aufsichtsrat und Vorstand angeboten haben". Und auch heute sind die Bosse nicht etwa gegen die Mitbestimmung. BDA-Chef Esser zum Beispiel strich vor dem Verfassungsgericht noch einmal heraus, daß die Kapitalisten mit ihrer Klage nicht die Montanmitbestimmung treffen wollen, obwohl die ja — wie gesagt — wesentlich weiter gefaßt ist als die Mitbestimmung nach dem 76er Gesetz. Im gleichen Sinn hatten sich früher auch schon führende Vertreter des Monopolkapitals ausgesprochen.

Wie ist es dann zu erklären, daß die Kapitalisten trotzdem gegen das Gesetz von 1976 Klage erheben? Dazu sagte der Mannesmann-Boss Overbeck: „Wenn die Karlsruher Entscheidung festlegt, daß es in Sachen Mitbestimmung keine weitere Verschärfung geben wird, wäre das Vorhaben durchaus lohnend; die unguten Gefühle der Unternehmer würden abgebaut." Das heißt, die Kapitalisten sind nicht gegen die gegenwärtig betriebenen Formen der Mitbestimmung. Sie wollen sich nur vom Verfassungsgericht ihren Herr-im-Hause-Standpunkt bestätigen lassen. Sie wollen feststellen, daß sie heute und in der Zukunft niemanden wirklich in den Betrieben mitreden lassen — nicht einmal ihre Lakaien vom Schlage eines Vetter oder Loderer.

Wem nützt die Mitbestimmung?

Wie oft haben uns die Ritter der Sozialpartnerschaft, die DGB-Bonzen und DKP-Führer, die Segnungen der Mitbestimmung in leuchtenden Farben ausgemalt. Was haben sie nicht alles versprochen von einer immer mehr erweiterten Mitbestimmung: Arbeit für jeden die einen, und die anderen gar den Einstieg in den Sozialismus.

Die Unternehmerklage in Karlsruhe aber hat es einmal mehr deutlich gemacht: Es gibt keine Mitbestimmung der arbeitenden Menschen an den Entscheidungen der Monopolherren, und es wird sie auch nicht geben. In diesem Land herrscht die ausschließliche und uneingeschränkte Macht der Kapitalisten. Über die Betriebe genauso wie über den Staat. Und weder hier noch irgendwo anders, wo die Menschen unter dem kapitalistischen System der Ausbeutung leiden, werden die ihre Macht jemals freiwillig mit anderen teilen, schon gar nicht mit ihrem Todfeind, dem Proletariat.

Nein, es gibt keine wirkliche Mitbestimmung bei uns. Aber es gibt eine Mitbestimmung in Anführungszeichen. Und die ist keine Errungenschaft des Kampfes der Arbeiterklasse, sondern — wie Vetter es in Karlsruhe selbst bestätigte — ein Geschenk der Kohle- und Stahlbarone. Wenn aber diese Herren etwas zu verschenken haben, dann heißt es für die Arbeiterklasse, wachsam zu sein. Was hat uns denn dieses Geschenk eingebracht? Der Minister Ehrenberg als Vertreter der Bundesregierung wußte in Karlsruhe eine Menge dazu zu sagen.

Da war zum Beispiel das Zechensterben, der große Rationalisierungsfeldzug im Ruhrbergbau, bei dem Zehntausende Kumpel auf die Straße flogen. Dank der Montanmitbestimmung — so Ehrenberg — konnte dieser Feldzug gegen die Arbeiterklasse „ohne gesellschaftliche Erschütterungen gemeistert werden". Überhaupt, so sagte der Minister, habe sich die Mitbestimmung um die „Erhaltung des sozialen Friedens" verdient gemacht. Und er wedelte mit vergleichenden Streikbilanzen, die deutlich machten, wie sehr sich — in Mark und Pfennig — die Mitbestimmung für die Kapitalisten bezahlt macht.

Der soziale Friede — das ist Sinn und Zweck dieser Einrichtung. Sie gründet auf der verlogenen Ideologie von der Sozialpartnerschaft, von dem angeblichen gemeinsamen Interesse zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten an der „Volkswirtschaft". Aber zwischen ihnen und uns gibt es keine Gemeinsamkeit. Was wir für uns gewinnen wollen, das müssen wir ihnen nehmen, das müssen wir uns erkämpfen. Mit der betrügerischen Mitbestimmung soll unser Klassenkampf nur gedämpft werden, will man uns einreden, daß die Entscheidungen um unseren Lohn, unsere Arbeitsplätze, unsere Zukunft nicht auf dem Feld des Klassenkampfes fallen, sondern in den Aufsichtsräten der Unternehmen, wo Kapital und Arbeit (in Gestalt einiger hochbezahlter Gewerkschaftsbonzen) einträchtig und gleichberechtigt zusammensitzen.

Und wenn die Verteidiger des Mitbestimmungsbetrugs vom sozialen Frieden sprechen, den sie erhalten wollen, dann meinen sie das nicht nur in bezug auf die immer heftiger werdenden Kämpfe der Werktätigen gegen die Folgen der kapitalistischen Krise. Sie meinen es auch grundsätzlich. Mitbestimmung, Sozialpartnerschaft, Interessengleichheit — all das soll der Arbeiterklasse auch den Blick versperren auf den einzigen Ausweg aus dem System der Ausbeutung und Unterdrückung, auf die sozialistische Revolution.

Sicher, die Zahl der Arbeiter, die heute schon klar und bewußt diesen Ausweg sehen, ist noch gering. Aber was die Mitbestimmung angeht, so gehört es doch heute zum festen Bestandteil der Reden von Gewerkschaftsbonzen, darüber zu jammern, daß sich die Kollegen nicht genug dafür einsetzen. Und das zeigt eben, daß die Erfahrungen, die die Arbeiterklasse in ihren Kämpfen gesammelt hat und aus denen sie ihr Klassenbewußtsein gebildet hat, stärker sind als aller Partnerschaftsschwindel, mit dem man sie betrügen will.

Proteststreik der baden-württembergischen Busfahrer

In einem selbständigen Streik legten die Straßenbahn- und Busfahrer Baden-Württembergs am 28.11. für jeweils eine halbe Stunde den Verkehr lahm. Für diese Aktionen nutzten die Streikenden die Zeit von 5 Uhr bis 8.30 Uhr aus und trafen somit empfindlich den städtischen Verkehr. Die Fahrer protestierten mit diesem Streik gegen die skandalöse Verschleppung in den Verhandlungen um einen neuen Manteltarifvertrag durch die kommunalen „Arbeitgeber". Bei diesen Verhandlungen hatte die ÖTV einen „Einmannzuschlag" als festen Lohnbestandteil in der Monatslohntabelle, die Sicherung des Lohnstandes nach zehnjähriger Dienstzeit sowie die Höhergruppierung der Straßenbahnfahrer um zwei Lohngruppen gefordert. Der Proteststreik ging allerdings von den Kollegen selbst aus. Den ÖTV-Bonzen blieb nichts anderes übrig, als sich nachträglich mit diesem für sie „wilden" Streik solidarisch zu erklären.

Fordarbeiter im Warnstreik

Die Arbeiter und Angestellten im Entwicklungszentrum der Fordwerke in Merkenich traten am 27. 11. in einen Warnstreik und forderten eine Erhöhung der Sonzerzahlung auf 1.000 Mark. Die Sonderzahlung, die als „Belohnung" für die Überstundenklopperei bei Ford gedacht ist, betrug bisher lumpige 400 Mark, die zudem auch noch nach Betriebszugehörigkeit gestaffelt ist.

Während der Betriebsrat des Werkes Niehl in den Verhandlungen den 400 Mark zugestimmt hatte, war der Merkenicher Betriebsrat, der die 1.000 Mark gefordert und seine Zustimmung zu 400 Mark verweigert hatte, nicht zu den Verhandlungen hinzugezogen worden! Die neu gegründete RGO-Betriebsgruppe bei Ford stellt in einem Flugblatt dazu fest: „Die Merkenicher Kollegen haben richtig gehandelt! Wenn nicht Hunderte, sondern alle 30.000 Kollegen streiken würden, dann hätten wir die 1.000 Mark in wenigen Tagen."

„Mineralölindustrie geschont"

Mit diesen Worten kommentierte die bürgerliche Presse das Glanzstück, das sich die Bonzen der IG Chemie bei den Tarifverhandlungen mit den Mineralölgesellschaften geleistet haben. In sämtlichen Haustarifen mit den einzelnen Gesellschaften wurden Lohnabschlüsse unter 5 Prozent getätigt. Bei BP und Esso 4,9 Prozent und bei Shell 4,75 Prozent. Was von dieser „Lohnerhöhung" zu halten ist, kann man der unten stehenden grafischen Darstellung entnehmen, die der Spiegel abgedruckt hat. Die dort ausgewiesenen enormen Profite werden durch ebensolche Lohnabschlüsse ermöglicht. Den Gipfel ihres Verrats aber leisteten sich die IG-Chemie-Bonzen in der Frage der Arbeitszeitverkürzung. Nicht nur, daß sie auf den Kampf um die 35-Stunden-Woche bei diesen Verhandlungen verzichtet haben, sie schlossen sogar mit den Öl-Bossen ein Abkommen, daß „die Arbeitszeit bis zum 31. 12. 1980 kein Gegenstand von Verhandlungen" sein wird!

DIE SIEBEN SCHWESTERN IM GOLDRAUSCH

Umsatzentwicklung der großen Erdölgesellschaften in Milliarden Dollar

	1973	1977
Gulf	8.4	17.8
Chevron	7.8	20.9
BP	7.7	20.9
Texaco	11.4	27.9
Mobil	11.4	32.1
Shell	18.7	39.7
Exxon	25.7	54.1

DER SPIEGEL

Tarifnachrichten

In den verschiedenen Tarifbezirken der metallverarbeitenden Industrie laufen jetzt die Tarifrunden an. So wurde jetzt für die 840.000 Beschäftigten der baden-württembergischen Metallindustrie von der IG Metall eine Lohnforderung von nur 6,5 Prozent aufgestellt. Gleichzeitig wurde eine stufenweise Urlaubsverlängerung auf einheitlich 30 Tage, eine Anhebung der Ausbildungsvergütung um je 50 Mark und die Anhebung der Lohnstufen I und II auf die Lohnstufe III gefordert. Letzteres, die Abschaffung der Leichtlohngruppen, ist eine längst überfällige Forderung.

Obwohl dieses Forderungspaket äußerst niedrig ist, gemessen an den Profiten, die in den letzten Jahren in der Automobilindustrie gemacht wurden, hetzte der „Verband der Metallindustrie" (VMI) mit 700.000 Flugblättern gegen die Forderung nach Urlaubsverlängerung.

Die Große Tarifkommission der IG Metall beschloß, im Falle des Stahlstreiks im Ruhrrevier die Zustimmung zu Kurzarbeit im Südwesten zu verweigern.

Sowohl im Tarifbezirk Hessen als auch im Nordverbund (Schleswig-Holstein, Hamburg, Unterweser und das nordwestliche Niedersachsen) fordert die IG Metall nur 6 Prozent Lohnerhöhung. Dazu kommen Forderungen nach 30 Tagen Urlaub (im Nordverbund nur für über 30jährige), Verbesserungen der Ausbildungsvergütungen in Hessen und Neuregelung der Zuschüsse zum Kurzarbeitergeld im Nordverbund.

In allen Tarifbezirken der Metallindustrie hat die IG Metall empörenderweise auf Forderungen zur Arbeitszeitverkürzung verzichtet! Steinkühler begründete das für seinen Tarifbezirk damit, daß seine Gewerkschaft hier keine Vorreiterrolle für die Arbeitszeitverkürzung spielen wolle.

In Hessen wie auch im Nordverbund versuchten die IGM-Bonzen diesen Verrat zu bemänteln. So berichtet die RGO-Initiative bei Daimler-Benz in Kassel, daß die Große Tarifkommission eine „Freizeitgewährung bei geleisteter Mehrarbeit" als ersten Schritt zur 35-Stunden-Woche (!) anbiete. Auch im Nordverbund ist von „verbessertem Freizeitausgleich für Überstunden" die Rede.

Wie wir bereits meldeten, hat auch ÖTV-Boss Kluncker auf die Forderung nach der 35-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst verzichtet. Auf diese Weise wird eine Einheitsfront aller Gewerkschaften in dieser für alle Arbeiter und Angestellten wichtigen Frage von vornherein torpediert.

Am Dienstag letzter Woche um 5 Uhr früh sammelten sich vor den Toren der bestreikten Betriebe die kämpferischen, klassenbewußten Kollegen. Der erste gewerkschaftlich organisierte Massenstreik seit der Nachkriegszeit in der Eisen- und Stahlindustrie begann. Für mindestens 5 Prozent mehr Lohn und für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich traten in Duisburg, Dortmund, Bielefeld, Düsseldorf und Dillenburg Stahlwerker auf Hüttenwerken der Konzerne Thyssen, Mannesmann, Hoesch und Krupp in den unbefristeten Streik.





Streik und Aussperrung

Überall war der Beginn des Streiks durch große Geschlossenheit der streikenden Belegschaften gekennzeichnet. Streikbrecher traten an diesem Morgen nirgendwo in Erscheinung. Überall kämpferische Stimmung und Entschlossenheit, einen harten Kampf durchzustehen. Überall aber auch



Mißtrauen gegenüber den Gewerkschaftsführern, Ärger, Empörung und Kritik wegen der Schwerpunkttaktik. Die IGM-Führung hat ein geschlossenes und wuchtiges Losschlagen aller Stahlwerker verhindert. Die Stahlwerker werden aufgespalten in Streikende und Nichtstreikende. Dem Aussperrungsterror der Konzernherren wurde Tür und Tor geöffnet. Vor dem gewaltigen Schlag eines Vollstreiks blieben sie vorerst verschont.

Empörung und Opposition gegen diesen Verrat machen sich auch in den unteren Ebenen des IGM-Apparats breit. Angesichts dieser Situation ist es kein Wunder, daß IGM-Boß Loderer, als er bei Streikbeginn vor Tor 1 der Westfalenhütte in Dortmund für das Fernsehen posierte, es lieber vermied, mit einfachen IGM-Mitgliedern und kleinen Funktionären, mit den kämpferischen Streikposten in Kontakt zu kommen. Abgeschirmt von diesen Kollegen stand er inmitten einer dichten Traube von Bonzen und linientreuen Vertretern der arbeiterfeindlichen Bürokratie sowie von Journalisten.

Mannesmann: Bombenstimmung am ersten Streiktag

Bei Mannesmann in Duisburg-Huckingen hatten bei der Urabstimmung fast 95 Prozent der Kollegen für Streik gestimmt. Die große Kampfbereitschaft zeigte sich eindrucksvoll am Dienstag morgen, als der Streik bei winterlicher Witterung begann. Vor dem Streiklokal gegenüber von Tor 1 versammelten sich 2.000 Kollegen. Außerdem drängten sich ca. 500 Kollegen direkt vor dem Tor. Es herrschte eine Bombenstimmung. Nicht zuletzt der Druck und die oppositionellen Aktivitäten unter der Belegschaft und im Vertrauensleutekörper von Mannesmann-Huckingen hatten dazu beigetragen, daß die Loderer und Herb grünes Licht für den Streik geben mußten.

Bei den Mannesmann-Hüttenwerken in Huckingen gibt es fünf Tore. Sie sind rund um die Uhr von Streikposten besetzt. Zumindest 30 Kollegen stehen immer an Tor 1, bei Schichtwechsel sind es natürlich mehr. Versuche von Streikbrechern, in das Werk einzudringen, gab es bisher praktisch nicht. 7.000 Kollegen traten hier in den Streik. Die Bosse verschickten einen Rundbrief an alle Streikenden mit dem Aufruf, „Arbeitswillige" sollten sich bei der Personalverwaltung melden. Ganze 128 haben sich daraufhin gemeldet, das sind weniger, als gegen den Streik gestimmt haben.

Aussperrung und Vergeltungsmaßnahmen

In Dortmund beschloß die Streikleitung, statt dem Aussperrungsterror mit einer Verschärfung des Kampfes zu kontern, daß auf der Westfalenhütte die Streikposten abgezogen und nunmehr „Beobachter" aufgestellt werden sollen. Das ist offene Streiksabotage! In Duisburg wagte die Streikleitung so etwas nicht. Hier ergriffen die Streikposten eine Vergeltungsmaßnahme gegen die Aussperrung. Die außertariflichen Angestellten wurden nicht mehr durchgelassen. Diese leitenden Angestellten wurden aufgefordert, sich im Streiklokal Passierscheine ausstellen zu lassen. Das wäre für die meisten dieser Herren eine Demütigung gewesen, und sie verzichteten lieber darauf, eingelassen zu werden. Auch der technische Direktor der Mannesmann-Hüttenwerke wird übrigens nie durchgelassen, ohne daß er seinen Ausweis vorzeigt.

Die Mannesmann-Bosse reagieren auf diese Maßnahme auf ihre Weise. Sie beantragen nach Stuttgarter Vorbild bei Gericht eine einstweilige Verfügung, die die Streikposten verpflichtet, eine 3 Meter breite Gasse vor den Toren offenzuhalten und ihnen jede Behinderung der außertariflichen Angestellten verbietet. Das Gericht gab diesem Antrag der Mannesmann-Bosse statt. Im Falle einer Zuwiderhandlung droht dem IGM-Bezirksleiter Kurt Herb, dem Duisburger Ortsbevollmächtigten Bulitz sowie dem Vorsitzenden der Vertrauenskörperleitung Stommel eine Geldstrafe von 10.000 Mark bzw. sechs Monat Haft.

Streikversammlung

Am Donnerstag fand bei Mannesmann und am Freitag dann auch bei Thyssen eine Streikversammlung statt. Hier wurde darüber diskutiert, wie der Streik auszuweiten und dem Aussperrungsterror der Kapitalisten zu kontern sei. Es wurde beschlossen, daß in Duisburg eine Demonstration der streikenden Stahlwerker stattfinden soll. Dabei kamen Vorschläge, nach Rheinhausen zu marschieren, um die Kollegen von der Krupp-Hütte in den Streik mit einzubeziehen. Ferner wurde einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der die zentrale Streikleitung und der Vorstand der IG Metall aufgefordert werden, sofort den Streik in allen Stahlwerken des ganzen Tarifbezirks anzusetzen. Diese Resolution wurde auch vom Vertrauensleutekörper von Mannesmann angenommen und anderentags von der Streikversammlung bei Thyssen.

Verräterische Zugeständnisse der Streikleitung

Auch bei Mannesmann unterläuft die Duisburger Streikleitung eine konsequente Durchführung des Streiks und reißt Lücken in die Streikfront. Die vereinbarte Notbelegschaft umfaßt mit Assistenten und höheren Vorgesetzten 1.900 Leute. Das geht weit über einen technisch bedingten Notdienst hinaus. Darüber sind die meisten Kollegen empört. Besonders empört sind sie darüber, daß der Hochofen 4 ziemlich hoch gefahren wird, wobei große Mengen Roheisen abgestochen werden, und daß darüber hinaus sogar im BSW II ein Konverter und die Gießgrube in Betrieb sind. Hier wird das Roheisen zu Stahl geblasen und abgegossen. Die Kollegen fordern, daß zumindest das Blasstahlwerk II völlig stillgesetzt werden muß. In den ersten Streiktagen produzierte der Hochofen 4 mit 1.000 Tonnen Roheisen nahezu seinen normalen Tagesausstoß. Inzwischen wurde er auf ca. 600 Tonnen heruntergefahren.

Die Streikleitung boykottiert bis jetzt auch schärfere Gegenmaßnahmen gegen die Aussperrung, zum Beispiel Aktionen auf dem Werksgelände. Sie sperrt sich außerdem gegen eine konsequente Mobilisierung der streikenden Massen.

Solidarität

Den streikenden und ausgesperrten Stahlwerkern schlägt ein[...] Nicht nur in den Streikgebieten in Nordrhein-Westfalen, sonder[...] in Westberlin bringen Arbeiter und Angestellte, Gewerkschafte[...] und andere Werktätige mit Resolutionen, Solidaritätstelegramm[...] darität zum Ausdruck. Streikposten werden von verschiedenen [...] Frauengruppen, aber auch von einzelnen Personen mit heißen [...] unterstützt (was natürlich bei den gegenwärtigen Temperaturen[...] unterstützt diese Solidaritätsbewegung. Beispielsweise haben [...] RGO Frauen von Hoesch-Arbeitern zu einer Solidaritätsinitiati[...] Partei, die KPD/ML, hilft ebenfalls mit materiellen Spenden[...] durch die Initiierung von Solidaritätserklärungen usw. Wir rufen[...] diese Solidaritätsfront einzureihen. Je mehr Menschen auf dies[...] üben, desto eher können die Stahlwerker in ihrem schweren K[...] der verräterischen Machenschaften der Gewerkschaftsführung i[...] werktätigen Volkes noch wichtiger. Und denken wir daran: Die[...] alle im Kampf. Sie verteidigen nicht nur ihre eigenen, sondern [...] terklasse. Wir alle müssen uns an ihre Seite stellen. Solidarit[...]

Mannesmann-Röhrenwerke in Mülheim/Ruhr: 2.000 Kollegen kontern Aussperrung mit Streik

Die Mannesmann-Röhrenwerke in Mülheim/Ruhr gehören zu den Betrieben, die von der IGM-Führung nicht in den Schwerpunktstreik einbezogen wurden, über die die Stahlkapitalisten, aber die Aussperrung verhängten. Allerdings sollten nach dem Willen der Bosse 2.000 Kollegen im Großrohrwerk weiterarbeiten. Diese Kollegen gaben auf den Aussperrungsterror die richtige Antwort: Mit dem Beginn der Aussperrung am Freitag morgen traten sie geschlossen in den Streik. Sie sind damit die ersten, die eine Ausweitung der Streikfront über den von der Gewerkschaftsführung gezogenen Rahmen des Schwerpunktstreiks durchgesetzt haben.

Freitag in Dortmund: Tausend[...] sich vor der Westfalen[...]

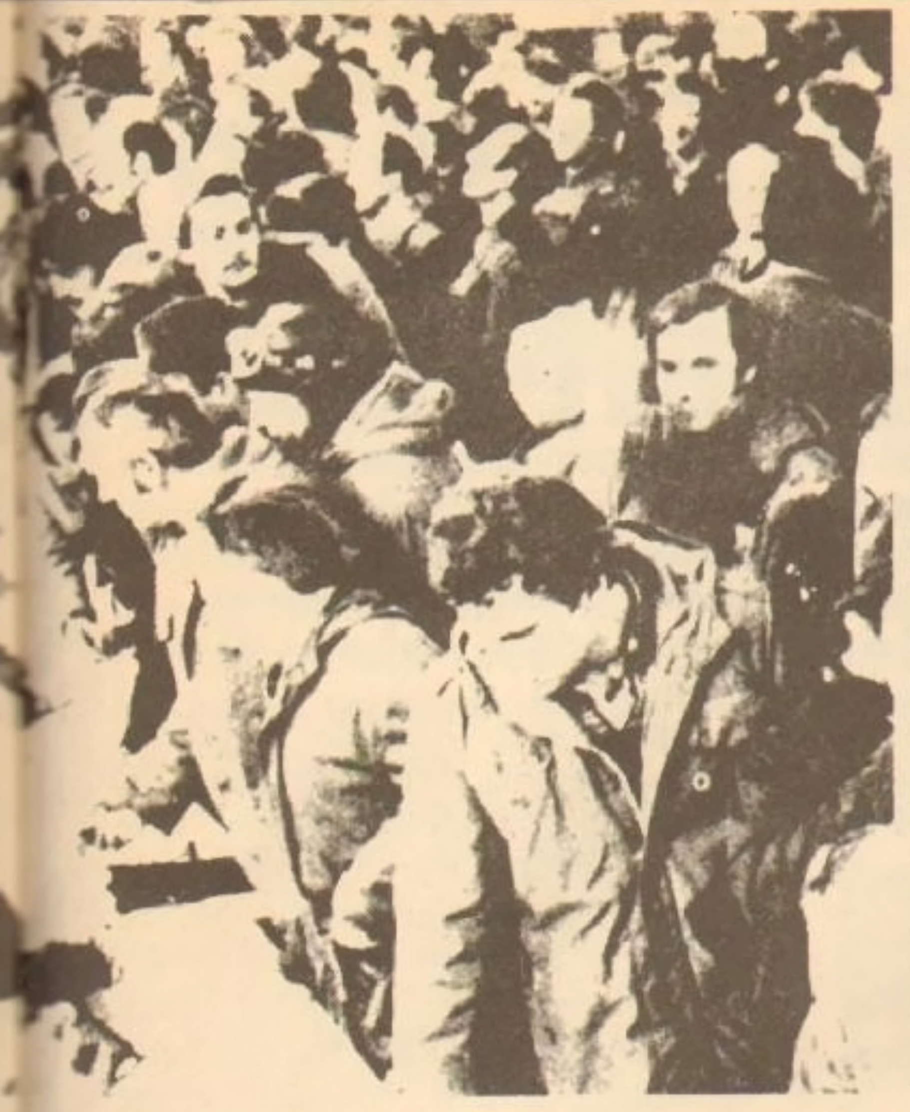


Um zehn Uhr versammeln sich mehrere tausend Stahlwerker an der Westfalenhütte zur Protestkundgebung gegen den Aussperrungsterror der Stahlkapitalisten. Über der Rednertribüne ein großes Transparent: „Wer aussperrt, gehört eingesperrt!" Flugblätter verschiedener Organisationen werden verteilt. Auf das größte Interesse stößt jedoch das Flugblatt der RGO mit der Überschrift: „Das einzige was sticht — wir machen die Betriebe dicht!" Und auch ein Aufkleber wird von RGO-Kollegen stapelweise verteilt: „Gegen Aussperrung Vollstreik." Er wird den Kollegen regelrecht aus den Händen gerissen. Überall sieht man Kollegen, die sich den Aufkleber an den Helm oder ans Jackett geheftet haben. „Vollstreik — das ist das einzig wahre." Dieser Meinung ist die Mehrheit der versammelten Stahlwerker.

Nachdem der bekannte Liedermacher Hannes Wader einige Arbeiterlieder gesungen hat, halten die IGM-Bonzen ihre Reden, unter anderem DGB-Landesvorsitzender Bleicher und IGM-Bezirksleiter Kurt Herb. Ein heißes Eisen, das in dieser Situation die versammelten Kollegen am meisten beschäftigt, umgehen die Bonzen völlig: Während auf Westfalenhütte gestreikt wird, während Phoenix ausgesperrt ist, läuft die Produktion auf Union, der dritten Dortmunder Hoesch-Hütte, auf Hochtouren. Durch die verräterische Schwerpunkttaktik sind die Union-Kollegen praktisch dazu verurteilt, Streikbrecherarbeit zu leisten.

Stattdessen ergehen die Bonzen sich nur in unverbindlichen, scheinradikalen Sprüchen. Dann allerdings traut sich Herb doch an ein „heißes Eisen" heran: „Und wir lassen uns auch nicht durch die Sektierer der RGO beirren, diese Verräter der Arbeiterschaft." Er schreit es mit gehobener Stimme ins Mikrophon und wird nicht einmal rot dabei, dieser abgefeimte Streikbruchstratege, der sich in diesen Tagen nicht scheut, öffentlich sein Bedauern darüber zu verkünden, daß die Stahlunternehmer das „bisherige gute Klima der Sozialpartnerschaft" in der Stahlindustrie aufs Spiel setzen würden. Es gab natürlich eine Reihe von Funktionären und Mitläufern unter den Versammelten, die Herbs schamlosen Ausfall gegen die RGO mit hektischen Beifallsäußerungen unterstützten. Die Mehrheit aber reagierte mit eisigem Schweigen.

Als Herb mit einem scheinheiligen Bekenntnis zur Solidarität und zum





Protestresolution der Mannesmann-Kollegen

Die folgende Resolution wurde am Donnerstag vergangener Woche, also am dritten Tag des Stahlarbeiterstreiks, von der Streikversammlung bei Mannesmann-Huckingen einstimmig angenommen. Auch der Vertrauensleutekörper unterstützte die Resolution. Einen Tag später wurde diese Resolution auch von der Streikversammlung bei Thyssen-Hamborn-Beekerwerth einstimmig angenommen.

„Die Aussperrung ist eine brutale Machtdemonstration der Unternehmer und richtet sich gegen das gewerkschaftliche Streikrecht. Wir fordern das gesetzliche Verbot der Aussperrung. Bis dahin müssen wir uns aber selber wehren. Das einzig wirksame Mittel gegen Aussperrung ist der geschlossene Streik in allen Stahlwerken des Tarifbezirks. Deshalb und weil nach den bisherigen Erfahrungen auch nur so ein entscheidender Erfolg für unsere Forderungen nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und 5 Prozent Lohnerhöhung errungen werden kann, fordern wir den Vorstand und die Zentrale Streikleitung auf, sofort den Streik in allen Stahlwerken des Tarifbezirks anzusetzen!“

Leitung des Vertrauenskörpers der
MANNESMANN AG Hüttenwerke

-Stahlarbeiter im Kampf

e e der Solidarität entgegen. ganzen Bundesrepublik und frauen, Schüler, Studenten mit Geldspenden ihre Soli- gruppen, zum Beispiel von en, belegten Brötchen usw. ders nottut). Auch die RGO Dortmund auf Initiative der mmengeschlossen. Unsere Unterschriftensammlung, sere Leser auf, sich aktiv in ene Weise aktive Solidarität rfolgreich sein. Angesichts Solidarität breiter Kreise des erker stehen heute für uns essen der gesamten Arbei- siegen!

...ersammeln ...hte

festen Zusammenstehen der Stahlwerker seine demagogische Rede beschließt, tönt aus verschiedenen Stellen der Versammlung laut die Losung: „Auf zu Union!“ — „Zusammenstehn: zu Union gehn!“ Es ist deutlich zu erkennen, daß diese Parole von vielen Kollegen begrüßt und unterstützt wird. Plötzlich taucht jedoch ein IGM-Funktionär mit einem Megafon auf und ruft zu einem Marsch in die Innenstadt auf. „Warum in die Innenstadt? Zu Union müssen wir marschieren!“ hört man Gegenstimmen von nicht wenigen Kollegen. Unschlüssigkeit herrscht unter den Versammelten. Ein Teil wandert jetzt ab. Hunderte aber warten noch darauf, daß sich jetzt ein Demonstrationszug formiert („Wohin der dann marschiert, wird sich ja noch zeigen“, sagen einige). Aber der Megafon-Mann hat sich einfach in den Hintergrund verzogen. Erregte Diskussionen. Die Massen, die noch in der Kälte warteten, beginnen sich jetzt endgültig zu verlaufen. Der Zeitpunkt für eine spontane Aktion ist verpaßt. Enttäuschung bei vielen Stahlarbeitern. Manche fluchen. Und auf Union warten die Kollegen vergeblich darauf, daß sich im Werk die Kunde ausbreitet: Sie sind gekommen, die Kollegen von Westfalenhütte und Phoenix.

Einige wenige Kollegen, die vereinzelt zu Union gefahren sind, stehen fröstelnd am Haupttor an der „Alten Radstraße“. „Seht her, da sind doch auch die Kollegen von der Müllabfuhr“, schreit plötzlich einer. Tatsächlich: Ein Fahrzeug der städtischen Müllabfuhr dreht langsam eine Runde vor dem Tor und entfernt sich dann wieder. Ein Transparent hängt an dem gelben Mülltransporter: „Solidarität mit den Hoesch-Arbeitern!“ Dieser Mülltransporter hatte vorher mitten unter der Protestversammlung vor der Westfalenhütte gestanden.

Phoenix: Gegen Aussperrung die Tore dichtgemacht



Hunderte von Kollegen versammeln sich am Freitag ab 5 Uhr früh bei eisiger Kälte vor den Toren der Phoenix-Hütte. Vor dem Haupttor grelles Scheinwerferlicht. Das Fernsehen ist da. Die Gesangsgruppe „Stahlkocher“ singt Kampflieder. Funktionäre der IGM halten Reden. Viele Kollegen sagen: „Jetzt müssen wir die Tore dichtmachen.“ Die IGM-Führung dagegen hat die Anweisung erteilt: „An den Toren sind nur Beobachter aufzustellen.“ Aber zumindest an diesem Freitag vormittag wird bei Phoenix diese Anweisung durchbrochen. Eine sehr kämpferische Stimmung herrscht beispielsweise am Tor zum Hochofenwerk.

Nachdem hier ein Funktionär eine Rede gehalten hat, bleiben ca. 30 Kollegen am Tor. Schilder der IGM mit der Aufschrift: „Wer aussperrt, gehört eingesperrt!“ sind am Werkszaun festgebunden. Die Kollegen binden sie los und stellen sie mitten auf die Straße vor die Toreinfahrt. Hier stehen keine „Beobachter“, sondern kampfentschlossene Streikposten. Kein Fahrzeug wird durchgelassen. Schwere Lastzüge müssen wenden. Auch PKWs werden nicht durchgelassen. Die Fahrer schwenken ihren Passierschein vergeblich. „Interessiert uns nicht, dein Schein. Hier kommt keiner durch.“ Auch herauskommende Fahrzeuge müssen wieder umkehren. Ein Fahrer steigt aus: „Kollegen, seid doch vernünftig, ich muß eine Wasserprobe machen.“ Aber die Streikposten geben nicht nach. „Deine Wasserprobe geht uns nichts an. Wir haben die Aussperrung nicht gemacht.“

Ein Fahrzeug lassen die Kollegen allerdings heraus: einen Trecker mit einem Greifer. In der eisernen Zange hängt ein schwerer Kessel voll mit glühendem Koks. Der Kessel wird neben dem Tor abgestellt. „Damit ihr hier nicht erfriert“, sagt der Fahrer des Treckers. Ein VW-Bus trifft ein mit einer Ladung Tee mit Rum. Auch warme Brötchen werden ausgeteilt. Einer von den „Stahlkochern“ kommt an, die Gitarre unterm Arm. Er singt das Brecht-Lied „Resolution der Kommunarden“:

„In Erwägung unsrer Schwäche machtet/ihr Gesetze, die uns knechten solln. / Die Gesetze seien künftig nicht beachtet / in Erwägung, daß wir nicht mehr Knecht sein wolln...“

Dann wird gemeinsam das Lied von der Arbeitereinheitsfront gesungen.

Die Kollegen diskutieren darüber, daß zwei kleinere Tore nicht richtig besetzt sind. Auf Vorschlag der Kollegen teilt der IGM-Funktionär, der die Blockade am Hochofen-Tor leitet, Kollegen für diese kleineren Tore ein. Jetzt sind auch diese Tore dicht.

Gegen Mittag setzen die höheren IGM-Funktionäre durch, daß die Blockade abgebrochen wird. Die Werksleitung hatte sich an die IGM-Bonzen gewandt und gefordert, daß diese „gesetzwidrige Aktivität“ sofort beendet werden muß.

Thyssen-Niederrhein Oberhausen: Machtvoller Demonstrationszug



Es ist Freitag, der 1. Dezember. Die Aussperrung bei TNO wird gleich beginnen. Vor den Toren stehen jetzt schon Kollegen. Sie haben Schilder umgehängt: „Wer aussperrt, gehört eingesperrt.“

Vor Tor 10 stehen schon um 5.30 Uhr ca. 50 Kollegen. Diskussionen sind im Gange. Ein Kollege: „Das Gericht mit dem Beschluß, daß die Aussperrung legal sei, steht auf Seiten der Unternehmer. Aber wir finden uns nicht damit ab. Die Gewerkschaft hätte den Vollstreik ausrufen sollen. Alle Werke müssen bestreikt werden. Das hätte die Aussperrung verhindert.“ Ein anderer Kollege: „Sauerei, diese Schwerpunktstreiks.“ Ein dritter: „Man muß die ganze Hütte dicht machen. Licht aus, und damit basta!“

Immer mehr Stahlwerker sammeln sich in Dunkelheit und eisiger Kälte vor Tor 10. Es formiert sich ein machtvoller Demonstrationszug von mehreren tausend Kollegen. Die TNO-Arbeiter marschieren zur Protestkundgebung vor die Hauptverwaltung.

Interview mit einem Vertrauensmann der Mannesmann-Hüttenwerke in Duisburg-Huckingen

RM: Bei Mannesmann stößt die abwieglerische Linie der zentralen Streikleitung offenbar auf starken Widerstand?

Vertrauensmann: Das kann man wohl sagen. Deshalb wurde zum Beispiel schon zu Beginn des Streiks unter fortschrittlichen Gewerkschaftern die Notwendigkeit von Streikversammlungen diskutiert. Durch Streikversammlungen kann die Mobilisierung der Kollegen verbessert und kann Druck auf die Gewerkschaftsführung ausgeübt werden. Unser Vertrauensleutekörper hat sich dann ebenfalls für Streikversammlungen ausgesprochen. Am dritten Streiktag wurde die erste Streikversammlung durchgeführt. Das war eine gute Sache. Es wurde ein Überblick über den Verlauf des Streiks gegeben, Berichte von den einzelnen Toren und so. Auch über die Lage bei Thyssen wurde berichtet. Ein Vertreter der Belegschaft von Krupp-Rheinhausen war auch da. Er stellte klar, daß die Krupp-Kollegen streikbereit sind. Solidaritätserklärungen von anderen Betrieben und aus verschiedenen Gewerkschaften wurden verlesen. Es wurden Maßnahmen erörtert, die zur Ausweitung des Streiks führen können. So wurde der Beschluß gefaßt, demnächst eine Demonstration der streikenden Duisburger Stahlwerker durchzuführen mit dem Ziel, auch Krupp-Rheinhausen in den Streik miteinzubeziehen. Die viel zu großzügige Handhabung des Notdienstes wurde angegriffen. Ein Kollege brachte eine Resolution ein, die als Antwort auf die Aussperrung von der Gewerkschaftsführung fordert, ab sofort grünes Licht für den Vollstreik im ganzen Tarifbezirk zu geben. Diese Resolution wurde einstimmig verabschiedet.

RM: Welche Bedeutung hat die innergewerkschaftliche Opposition für die Entwicklung des jetzigen Streikkampfes?

Vertrauensmann: Möglicherweise hätten wir ohne den starken Druck, der von unteren Gremien und Ebenen des gewerkschaftlichen Funktionärskörpers ausging und der seinerseits auf der Unruhe und Kampfbereitschaft in den Betrieben basiert, jetzt überhaupt keinen Streik. Ich frage mich, ob die Verhandlungskommission das Kompromißangebot, das die Unternehmer nach dem Scheitern der regulären Verhandlungen machten, sechs Wochen Urlaub und 3 Prozent, überhaupt abgelehnt hätte, ohne die massiven Proteste, die zum Beispiel von verschiedenen Vertrauensleutekörpern kamen. Bekanntlich hat ja auch unser Vertrauenskörper noch kurz vor den Verhandlungen in Duisburg in einer Resolution nachdrücklich betont, daß das Ergebnis der Urabstimmung keine Berechtigung zu neuen Verhandlungen gibt, sondern ein bindender Beschluß ist, sofort den Streik in allen Stahlbetrieben einzuleiten. Die IGM-Führung mußte gerade auch infolge der Spannungen und Opposition innerhalb des Gewerkschaftsapparats befürchten, daß es gegen ihren Willen zu selbständigen Streiks kommt, zu sogenannten „wilden“ Streiks. Und die sind erfahrungsgemäß von der Gewerkschaftsführung nur noch sehr schwer unter Kontrolle zu bringen, gerade in einem solch enorm konzentrierten Bereich der Industrie. Mir ist übrigens bekannt geworden, daß auf der Sitzung der Tarifkommission verschiedene Funktionäre erklärt haben: „Falls dieses Kompromißangebot angenommen wird, treten bei uns ganze Abteilungen aus der IG Metall aus.“

RM: Aber wäre es nicht eine Illusion zu glauben, allein durch die innergewerkschaftliche Opposition, durch die Verschärfung des Drucks auf die IGM-Führung in den unteren gewerkschaftlichen Gremien könnte der Streik siegreich geführt werden?

Vertrauensmann: Dem stimme ich zu. Das wäre eine Illusion. Ein warnendes Beispiel ist der Streik der Metaller im Frühjahr in Baden-Württemberg. Trotz massiver Opposition und kämpferischer Vorstöße vieler Vertrauensleute und anderer Funktionäre wurden die Metaller verraten. Es kam nicht zum Vollstreik und mit dem Tarifabschluß sind die Kollegen von Steinkühler bös verschaukelt worden. Wenn uns jetzt nicht die Ausweitung unseres Streiks gelingt, werden wir eine bittere Niederlage hinnehmen müssen. Der innergewerkschaftliche Kampf ist sehr wichtig, um die Kampfbedingungen zu verbessern. Man kann die Gewerkschaftsführung zu gewissen Schritten zwingen, sicher. Aber niemals kann man sie daran hindern, den Kampf auf vielfältige Weise zu sabotieren, zu spalten und uns in den Rücken zu fallen. Deshalb müssen wir unbedingt zu selbständigen Aktionen der Kollegen kommen. Einen Vollstreik wird es sonst nicht geben. Von weitergehenden Kampfschritten ganz zu schweigen, die notwendig werden, wie zum Beispiel Betriebsbesetzungen. In einem solchen Kampf wie jetzt in der Stahlindustrie können die Kapitalisten nur durch eine revolutionäre Streikführung zu entscheidenden Zugeständnissen gezwungen werden.



Schülerdemonstration in Oberhausen

Am 29. November traten rund 1.500 Schüler der Oberhausener Gymnasien sowie der Gesamtschule Oberhausen in den Warnstreik. Zusammen mit Schülern aus Essen, Bottrop, Wesel und Dinslaken versammelten sie sich zu einer Protestkundgebung vor dem Rathaus. Eine Delegation übergab dem Stadtdirektor eine an die Landesregierung adressierte Petition mit den Forderungen der Schüler. Anschließend formierte sich ein Demonstrationszug. Rund 2.000 Schüler zogen durch die Innenstadt zu den Alt-Oberhausener Gymnasien.

Ihr Protest galt dem neuen Entwurf einer Rechtsverordnung (RVO) des nordrhein-westfälischen Landtags, die die Organisation der allgemeinen gymnasialen Oberstufe, also auch der Sekundarstufe II, neu festlegen soll. Die Rechtsverordnung wurde den Betroffenen erst Mitte November bekannt, doch die Schüler handelten schnell. Sie setzten sich mit einigen Lehrern der Gesamtschule Oberhausen zusammen, überprüften die neuen Bestimmungen und überlegten, welche Nachteile sich daraus für Schüler und Lehrer ergeben würden. Sie kamen zu unter anderem folgendem Ergebnis:

- Durch die Rechtsverordnung werden die Möglichkeiten zur Wahl der Unterrichtsfächer entscheidend eingeschränkt. Nach dem Entwurf sind sieben von acht Mindestfächern schon festgelegt.
- Die Möglichkeiten zur Versetzung von der Klasse elf zur Klasse zwölf werden ebenfalls drastisch verschlechtert. Statt vier Klausurfächern im Jahrgang zwölf sollen nun mindestens sechs eingeführt werden. Da nur zwei Klausuren in der Woche geschrieben werden dürfen, bedeutet das: die Schüler schreiben über einen Monat lang nur Klausuren; der wirkliche Unterricht fällt in dieser Zeit praktisch flach.

Die Rechtsverordnung, die am 1. Februar 1979 in Kraft treten soll, bedeutet insgesamt einen Rückschritt zum Allfächerabitur; sie stellt eine unzumutbare Mehrbelastung für die Schüler wie auch für die Lehrer dar. Sie läuft auf eine Senkung der Abiturientenzahlen hinaus. Kommt diese Rechtsverordnung zum Zug, dann wird in fünf Jahren ein Numerus clausus an den Hochschulen nicht mehr nötig sein, weil nur noch halb so viele Abiturienten wie jetzt die Schulen verlassen werden. Die Rechtsverordnung würde vielen Schülern den Weg zum Abitur verbauen.

Der Entwurf der Landesregierung rief breite Empörung hervor. Am Donnerstag, den 23. November, fand in der Gesamtschule eine öffentliche Veranstaltung statt, zu der in verschiedenen Schulen eingeladen worden war. Über 400 Schüler, Eltern und Lehrer fanden sich ein. Die geladenen Landtagsabgeordneten jedoch ließen sich nicht blicken; sie fanden es nicht einmal nötig, ihr Fernbleiben zu entschuldigen.

Die Anwesenden beschlossen, den Kampf gegen die Pläne der Landesregierung aufzunehmen. Ein Gremium wurde gewählt, das Warnstreik, Kundgebung und Demonstration vorbereiten sollte. Die Vorbereitung mußte heimlich geschehen, da Streiks an Schulen illegal sind. Das Gremium machte seine Arbeit geschickt — so wurden die Aufrufe zur Kundgebung zum Beispiel erst am Dienstag — einen Tag vor der geplanten Aktion — öffentlich verteilt.

Die gelungene Demonstration vom letzten Mittwoch ist nicht das Ende des Kampfes, sondern nur ein erster Höhepunkt. Der Kampf muß weitergeführt und ausgeweitet werden. Da alle Schüler in Nordrhein-Westfalen, die das Abitur anstreben, betroffen sind, muß ganz Nordrhein-Westfalen in den Kampf mit einbezogen werden. Wichtig wird es auch sein, den zunehmenden Repressalien seitens der Schulbürokratie wirksam entgegenzutreten. Wie ein Schülervertreter bekanntgab, wurden von den Schuldirektionen schon Maßnahmen gegen die Teilnehmer am Schulstreik angekündigt. Am Tag der Demonstration wurden zudem an einigen Schulen die Tore nach Unterrichtsbeginn verschlossen, um die Schüler an der Teilnahme zu hindern. — Die streikenden Schüler aber setzten sich gegenüber dieser Maßnahme richtig zur Wehr. Die Demonstration zog zu den verschlossenen Schulen und holte die eingesperrten Schüler heraus.

Der Kampf geht weiter. Am 17. Dezember sind alle betroffenen Schüler zu einer Anti-RVO-Fete eingeladen. Im Rahmen dieser Fete werden auch weitere Kampfschritte überlegt und beschlossen.

Interessierte können sich auch an die Schülermitverwaltung der Gesamtschule Oberhausen wenden. In Oberhausen besteht nun auch eine Schülerinitiative gegen die Rechtsverordnung (RVO).

Die „Schülerinitiative gegen die RVO" lädt ein zur Anti-RVO-Fete. Sonntag, 17. 12., 16.30 Uhr Jugendzentrum Oberhausen, Graf Haeseler-Platz (fünf Minuten vom Hauptbahnhof)

Berufsverbot für Arbeiterin

Baustellen für Frauen tabu

Glaubt man den Arbeitsämtern, dann kommt es für schulentlassene Mädchen nur darauf an, sich in den sogenannten typischen Männerberufen nach Stellen umzutun. Doch schöne Reden sind das eine, die wirklichen Verhältnisse aber das andere. Es ist noch gar nicht lange her, daß die Mehrheit der Münchner Stadträte versuchte, 30 weiblichen Bewerbern die Erlernung eines technischen Berufes bei den Städtischen Elektrizitätswerken zu verwehren: Die Mädchen wären ungeeignet, da der weibliche Daumen zu kurz, der Zeigefinger hingegen zu lang, das Bein und der Arm wieder zu kurz seien usw. Aus Nürnberg ist nun ein ähnlicher Fall bekanntgeworden; jedoch wird diesmal nicht anatomisch argumentiert, sondern juristisch . . .

Da ihr Vater eine Zimmerei besitzt, wollte die nunmehr 18jährige Elisabeth Geßler aus Großenried bei Ansbach auch Zimmerer werden. Vor drei Jahren begann sie die Lehre. Die Arbeit machte ihr von Anfang an Spaß; in der Berufsschule, wo sie von 21 Schülern das einzige Mädchen war, wurde sie anerkannt. Der Ärger begann im dritten Lehrjahr. Da kamen Herren vom Gewerbeaufsichtsamt Nürnberg auf die Baustelle, wo Elisabeth einen Dachstuhl reparierte. Sie untersagten ihr die Arbeit. Denn, wie sich nun herausstellte, verbietet die immer noch geltende Arbeitsordnung aus dem Jahre 1938 den Frauen und Mädchen, auf Baustellen zu arbeiten. Sollte Elisabeth noch einmal „erwischt" werden, muß sie 1.000 DM Strafe zahlen.

Durch eine Ausnahmegenehmigung war es Elisabeth noch möglich, ihre Lehre zu Ende zu machen. Ihre Gesellenprüfung war eine der besten in Mittelfranken überhaupt; von 100 möglichen Punkten erreichte sie 97. Ihren erlernten Beruf kann sie jedoch nicht ausüben. Ihr Vater hat nun beim Verwaltungsgericht Ansbach Klage gegen den bayrischen Staat eingereicht; bis der Spruch gefällt wird, arbeitet Elisabeth vorläufig als Hilfsarbeiterin in einer Elektroteilefabrik.

Die wirklichen Verhältnisse sind das eine; Festreden das andere. Da sagte die Bundesministerin für Familie usw., Katharina Focke, doch so schön: „Die Gleichberechtigung der Frau ist keine Forderung. Sie ist auch kein Regierungsversprechen. Sie ist ein Recht!"



Elisabeth Geßler darf nicht am Bau, sondern nur in der Werkstatt arbeiten, rechts ihr Großvater.

„Bevorratungsabgabe"



Steuerquelle Benzin: Schon jetzt liegt der Steueranteil je Liter bei über 52 Pfennig!

„Lehnsherrlichkeit, Allodifikationszins, Sterbefall, Besthaupt, Kurmede, Schutzgeld, Jurisdiktionszins, Dreidinggelder, Zuchtgelder, Siegelgelder, Blutzehnt, Bienenzehnt usw. — wie fremd, wie barbarisch klingen diese widersinnigen Namen unseren durch die französisch-revolutionäre Zertrümmerung der Feudalität, durch den Code Napoléon zivilisierten Ohren! Wie unverständlich ist uns dieser ganze Wust mittelaltriger Leistungen und Abgaben, dies Naturalienkabinett des modrigsten Plunders der vorsintflutlichen Zeit!" Mit diesen Worten drückte Marx im Jahre 1848 seine ganze Verachtung über das Steuer- und Abgabesystem des feudalistischen Staates aus.

Heute schreiben wir das Jahr 1978. Die Macht der Feudalen ist längst von der Macht der Kapitalisten abgelöst worden. Die Vielfalt der Abgaben, Gebühren, Steuern und Zinsen jedoch ist — wenn auch unter anderen Firmenschildern — erhalten geblieben. Milchpfennig, Kohlepfennig, Zündholzsteuer, Salzsteuer, Rundfunk- und Fernsehgebühren, gebührenpflichtige Verwarnungen, Stempel- und Bearbeitungsgebühren usw. usw. heißen die teuren Einrichtungen heute.

Seit dem 1. Dezember gibt es in der Bundesrepublik nun auch eine „Bevorratungsabgabe". Diese Abgabe verteuert das Benzin um durchschnittlich einen Pfennig pro Liter. Jeder Autofahrer — so die Begründung — soll beim Tanken seinen Obulus entrichten für die Anlage von Erdölvorräten in diesem Land. „Wir haben nur die Wahl", rechtfertigt etwa die „Bild"-Zeitung die unverschämte Preiserhöhung: „Jetzt etwas mehr zahlen und für den Fall einer neuen Ölkrise vorsorgen — oder im Katastrophenfall das Auto wieder stehen lassen — wie beim Ölboykott 1973." — Wenn es darum geht, den Werktätigen das Geld aus der Tasche zu ziehen, sind die Herren um eine Begründung nie verlegen.

„Kronzeugen" in RAF-Prozessen

Die „Meistersinger von Stammheim"

Zwei Prozesse gegen Angehörige der RAF machen zur Zeit von sich reden. Der Schmücker-Revisionsprozeß und der Prozeß gegen Speitel und Dellwo. Zeigen diese Prozesse auf der einen Seite, was für dunkle und käufliche Elemente zum Teil unter den RAF-Anhängern zu finden sind, so entblättert sich andererseits zunehmend, mit welch kaltblütigen Methoden Verfassungsschutz und Justiz vorgehen, um ihre politischen Ziele zu erreichen.

Da ist einmal der Revisionsprozeß in Sachen Schmücker. Schmücker war als Mitglied einer RAF-Gruppe 1972 verhaftet und dann vom Verfassungsschutz angeworben worden. Ein mildes Urteil, 30 Monate, das er außer seiner Untersuchungshaft nicht weiter abzusitzen brauchte, erhandelte er sich, indem er zur Verhaftung dreier Mitglieder der „Bewegung 2. Juni" beitrug. Danach schleuste er sich als Verfassungsschutzagent unter falschem Namen in die Berliner „Terroristen"-Szene ein und nahm Kontakt zu Ilse Jandt und einer Gruppe junger Lehrlinge und Schüler in Wolfsburg auf, die der „Bewegung 2. Juni" zugerechnet werden. Schmücker wird aber von einem ehemaligen Mithäftling enttarnt. Von da ab befindet er sich auf der Flucht und — ist für den Verfassungsschutz nicht mehr nützlich.

Ein neuer Mann, Jürgen Bodeux, wird vom Verfassungsschutz auf die Gruppe angesetzt. Um diese Gruppe reinzureißen, fordert Bodeux wiederholt dazu auf, den Verräter Schmücker hinzurichten. Am 4. Juni 1974 wird Schmücker erschossen. Die Jandt-Gruppe wird verhaftet, und obwohl Bodeux dringend tatverdächtig ist, kann er unbehelligt Ilse Jandt im Gefängnis besuchen. Erst am 26. August wird auch Bodeux verhaftet. (Der Verfassungsschutz hatte gegenüber den Justizbehörden den Aufenthaltsort Bodeux verschwiegen.)

Am 9. Oktober legte er beim Untersuchungsrichter ein volles „Geständnis" ab, woraufhin in der Bundesrepublik 16 Personen verhaftet werden. Der 18jährige Schüler Wolfgang Weßlau wird von Bodeux als „Todesschütze" belastet und 1976 zu acht Jahren Haft verurteilt. Ilse Jandt bekommt lebenslänglich und die anderen Angeklagten Haftstrafen zwischen vier und fünf Jahren. Jürgen Bodeux dagegen wird zu fünf Jahren Jugendstrafe verurteilt und zweieinhalb Jahren auf freien Fuß gesetzt. Beim jetzigen Revisionsprozeß tritt der „Kronzeuge" Bodeux als freier Mann auf und wiederholt seine belastenden Lügen.

Inzwischen aber ist die Rolle dieses Bodeux als Verfassungsschutzagent so offensichtlich geworden, daß jetzt sogar der Hamburger Rechtsanwalt Reinhard, der auch von Bodeux in Sachen Schmücker belastet worden war, freigesprochen werden mußte.

Daß Schmücker/Bodeux kein Einzelfall ist, zeigt auch der zur Zeit stattfindende Prozeß gegen Speitel und Dellwo. Diese beiden ehemaligen „Kuriere" der RAF sind offensichtlich durch das Versprechen eines milden Urteils zu allem bereit.

Schwer lastet auf den Justizbehörden der Verdacht, daß die in Stammheim inhaftierten Baader, Raspe und Ensslin nicht freiwillig aus dem Leben geschieden sind. Dieser Vorwurf mußte unbedingt aus der Welt geschaffen werden, um das „rechtsstaatliche" Image der Bundesrepublik wieder aufzupolieren. Im Januar bzw. März 1978 sagen Speitel und Dellwo vor dem Untersuchungsrichter aus. Im Mai ist die Anklageschrift gegen die Rechtsanwälte Arndt Müller und Armin Newerla fertig, wonach ihnen unterstellt wird, sie hätten die Mordwaffen von Stammheim in die Zellen geschmuggelt und so den „Selbstmord" ermöglicht. Speitel und Dellwo haben die Anwälte schwer belastet!

In demselben Monat werden in Jugoslawien Mohnhaupt, Hofmann, Boock und Wagner verhaftet. Damit der Bonner Staat eine Auslieferungsbegründung bekommt, „singen" Dellwo und Speitel im Juni und Juli erneut. Nach ihren Aussagen ist die Vierergruppe in Belgrad der Kern der RAF-Anhänger und Brigitte Mohnhaupt die von Baader ernannte Anführerin. So „eindeutige Aussagen" müßten nach Bonner Meinung für eine Auslieferung reichen. Doch Belgrad verlangt eine Aussage vor dem Richter. In Windeseile wird der Prozeß gegen Speitel und Dellwo eröffnet, wo die „Meistersinger von Stammheim" erneut auspacken. Sie machen sich selbst von Kurieren zu eigentlichen Mitgliedern der RAF (obwohl sie deswegen gar nicht angeklagt werden), nur um genau die vier in Belgrad, und niemanden sonst, belasten zu können. Doch in dem Moment werden die vier aus Jugoslawien entlassen.

War die Arbeit also umsonst? Sicher nicht, denn Dellwo und Speitel werden sicher noch in vielen anderen Prozessen als „Kronzeugen" zur Verfügung stehen, um wer weiß wen zu belasten. Und ein bürgerliches Blatt wie der „Spiegel" schreibt ganz offen: „Die Themen im Speitel-Dellwo-Verfahren, so scheint es, sind benannt, die Rollen verteilt und auch das Ende schon vorprogrammiert: der Prozeß soll binnen fünf Verhandlungstagen abgewickelt werden. Für den 14. Dezember ist schon das Urteil eingeplant. Die Prognosen sind einhellig: die Strafe wird milde ausfallen..."

Verfahren gegen Gernot Schubert eingestellt

Das Ermittlungsverfahren gegen den Genossen Gernot Schubert wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" ist eingestellt worden. Wie der RM berichtete, war am 9. Oktober die Wohnung des Genossen Gernot von einem Sonderkommando der Polizei durchwühlt worden. Er selbst wurde auf das Dortmunder Polizeipräsidium geschleppt. Dort wurde ihm eröffnet, er stehe im Verdacht, der dritte Beteiligte an der Schießerei vom 24. September am Dortmunder Stadtrand zu sein, bei der ein Polizist tödlich verletzt wurde.

Jetzt ist also das Verfahren, das mit solchen unglaublichen Beschuldigungen begonnen hatte, sang- und klanglos eingestellt worden. Haben es die Herren von der Generalbundesanwaltschaft denn vorher nicht besser gewußt? Natürlich wußten sie von vornherein, wie haltlos ihre Anschuldigungen waren. Sie wissen auch, daß unsere Partei den individuellen Terror seit jeher abgelehnt und bekämpft hat. Aber als der Genosse Gernot in Dortmund gegen seine Festnahme protestierte, erklärte man ihm zynisch, er brauche sich ja nach dem, was er im Fernsehen gesagt habe, nicht über die Polizeiaktion zu wundern. Gernot Schubert hatte in einer „Report"-Sendung als Sprecher unserer Partei die korrekte Haltung der KPD/ML zur revolutionären Gewalt erläutert.

Daher weht also der Wind. Mit dem provokatorischen Ermittlungsverfahren gegen einen als Funktionär der KPD/ML bekannten Genossen sollte wieder einmal ein hinterhältiger Schlag gegen unsere Partei gelandet, sollte sie wieder einmal in das „terroristische Umfeld" gezerrt werden.

Jochen Beyer angeklagt:

Die Pressefreiheit steht vor Gericht

Am 6. Dezember beginnt vor dem Schöffengericht in Bochum ein Prozeß gegen Jochen Beyer, presserechtlich Verantwortlicher für Flugblätter und Betriebszeitungen der KPD/ML in NRW. In fünf Anklageschriften werden Äußerungen aus sechs Flugblättern bzw. Betriebszeitungen angeklagt. Diese fünf Anklagen sind jetzt zu einem Prozeß zusammengefaßt worden. Allein diese Tatsache, wie auch die Äußerungen der Staatsanwaltschaft aus einem anderen Prozeß gegen Jochen Beyer in Witten lassen schließen, daß die Justiz hier eine Gefängnisstrafe plant.

„Es geht darum, ob man in diesem Staat die Wahrheit schreiben und sagen kann" — das ist einer der Sätze, die Oberstaatsanwalt Rauschendorf in einem Flugblatt der KPD/ML als strafbar entdeckt haben will. Doch allein die Tatsache der Verfolgung dieses Satzes beweist, daß er wahr ist. Und in welchem Umfang man in diesem Staat die Wahrheit verbreiten kann, zeigen die Anklagen insgesamt.

Prozeßtermin: 6. Dezember 78, um 9 Uhr, Zimmer 233, Amtsgericht Bochum, Viktoriastraße 14

Kontaktadresse der Initiative gegen Zensur und Abbau der Pressefreiheit: Jürgen Janz, Eislebener Straße 8, 4630 Bochum 7, Tel. 0234/290546

Dort können auch eventuelle weitere Prozeßtermine erfragt werden!

So verlangt ein Mann wie Franz-Josef Strauß, daß er nicht als „Neofaschist" bezeichnet wird, wie es in dem Flugblatt der KPD/ML zum Kampftag gegen Reaktion und Faschismus 1978 steht. So will der Betriebsdolmetscher von Opel/Bochum, Muza Gücer, verbieten lassen, daß er als Faschist und Mitglied der berüchtigten „Grauen Wölfe" bezeichnet wird.

Vor allen Dingen aber wird als strafbar angesehen, wenn aus Anlaß der zahlreichen Polizeirazzien und -aktionen nach der Schleyer-Ermordung in einem Flugblatt der KPD/ML festgestellt wird: „All das wegen der Handvoll Schleyer-Entführer? Lassen wir uns doch nichts einreden. Was hier betrieben wird, ist die systematische Faschisierung des Staatsapparates gegen das Volk..." Das gleiche gilt für Günter Routhier, Rolf Pollaczek und Gustav Schlichting. Weil in Verbindung mit diesen Fällen zum Beispiel gesagt wird: „R. Pollaczek als Herne — eins der zwölf Polizeiopfer", sah der Polizeipräsident von Bochum Anlaß zur Klage wegen Beleidigung, wegen eines anderen Flugblatts der Polizeipräsident von Duisburg.

Bemerkenswert ist allerdings, daß Zeitschriften wie der „Stern" zum Beispiel noch relativ genau einzelne Fälle des Polizeiterrors darstellen konnten, ohne angeklagt zu werden. Was den Presseverantwortlichen unserer Partei vor das Gericht bringt, ist die Tatsache, daß unsere Partei in ihren Veröffentlichungen nicht nur die einzelnen Fälle, in denen es bei Polizeieinsätzen Tote gab, darstellt, sondern auch in den Zusammenhang der allgemeinen Faschisierung des Bonner Staates stellt. Deshalb sind Sätze wie „Der Staat probt den Notstand, übt den Bürgerkrieg", „....deutsche Polizisten schützen die Faschisten" und „Polizeieinsatz gegen streikende Druckereiarbeiter. Der Klassenfeind will den Kampf der Bevölkerung unterdrücken" ein besonderer Anlaß für die Justiz, gerade unsere Partei anzuklagen.

Aber man muß sich darüber im Klaren sein, daß dieser Prozeß zugleich ein Schlag gegen die Berichterstattung über Fälle von Polizeiterror überhaupt ist. In zunehmendem Maße wird sich der strafbar machen, der diese Tatsachen beim Namen nennt, unter dem Vorwand, er beleidige die Bundesrepublik. Durch diese Entwicklung soll in der Bundesrepublik das Recht der Presse- und Informationsfreiheit mehr und mehr abgebaut werden.

Dagegen hat sich in Bochum jetzt eine „Initiative gegen Zensur und Abbau der Pressefreiheit" gebildet. Zum Prozeß gegen Jochen Beyer leistete die Initiative eine große Öffentlichkeitsarbeit und brachte u. a. ein Flugblatt heraus, das die Bochumer über diesen Prozeß informiert und zum Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte aufruft. In diesem Flugblatt heißt es: „Wir fordern Sie auf..., Solidarität zu üben..., um zu verhindern, daß jemand Tausende von Mark bezahlen muß oder sogar ins Gefängnis gesteckt wird, weil er von seinem Recht der freien Meinungsäußerung, der Presse- und Informationsfreiheit Gebrauch gemacht hat."

Offener Brief

...an den ersten Bürgermeister Hans-Ulrich Klose und den Schulsenator Prof. Joist Grolle der Freien und Hansestadt Hamburg.

Hamburg, den 20. 11. 78

Sie, Herr Grolle, sagen, daß für Sie die Praxis des „Radikalenerlasses" „persönlich zu einer wachsenden Gewissensbelastung geworden sei". Sie, Herr Klose, erklären zum „Extremistenbeschluß": „Für mich existiert er nicht mehr — nur das Beamtengesetz gilt."

Daß Sie den „Radikalenerlaß" abschaffen wollen, glauben wir Ihnen gern. Das würde nämlich nichts anderes bedeuten, als einen einfachen Beschluß (nicht „Erlaß", wie Sie selber „auf dem Prüfstand" richtigstellten, Herr Klose) einer Ministerpräsidentenkonferenz, der keinerlei Gesetzeskraft, sondern lediglich eine politische Willensbekundung der Beteiligten ist, aufzuheben.

Daß Ihre Äußerungen jedoch bedeuten würden, mit den Berufsverboten in diesem Lande überhaupt Schluß zu machen, erscheint uns äußerst fragwürdig und liegt wohl auch nicht in Ihrer Absicht. Denn Sie, Herr Klose, haben öffentlich erklärt, daß auch bei neuen Verfahren etwa 75 Prozent der bisherigen Fälle weiterhin betroffen wären. Und natürlich wissen Sie als gelernter Jurist auch, daß das Beamtengesetz („nur das Beamtengesetz gilt") genügend Grundlage für sämtliche bisher stattgefundenen Berufsverbotsverfahren bietet; es ist ja auch bisher die einzige gesetzliche Grundlage für Berufsverbote überhaupt gewesen, denn auch das BVG-Urteil war ja nur eine — wenn auch höchstrichterliche — Interpretation desselben.

Die Einbeziehung des Verfassungsschutzes bei Einstellung, Beförderung und Entlassung im öffentlichen Dienst soll weiterhin stattfinden. Es wird also auch in Zukunft ermittelt, geschnüffelt und bespitzelt werden. Ebenso soll die Mitgliedschaft in bestimmten Organisationen und Parteien weiterhin ein Kriterium für eine Ablehnung sein. Was gibt uns da Anlaß anzunehmen, daß zukünftig nicht mehr Menschen, wie zum Beispiel einige von uns, aufgrund dieses Vorwurfs mit Berufsverbot belegt werden? Oder wollen Sie uns glauben machen, daß ein Fall, wie der des Westberliner Lehrers Hans Apel, ein Einzelfall ist?

Wenn es nicht nur schöne Worte sein sollen, dann muß zumindest folgendes geschehen:

— Ein politisches Eingreifen in die zur Zeit schwebenden Berufsverbotsverfahren mit dem Ziel der generellen sofortigen Einstellung aller dieser Verfahren.

— Sofortige Rücknahme aller seit dem Bestehen des „Radikalenerlasses" erfolgten politischen Entlassungen bzw. Nichteinstellungen.

Das sind die Mindestvoraussetzungen, um einen ersten Schritt zur tatsächlichen Wiederherstellung demokratischer Rechte im Ausbildungsbereich zu machen.

Der vorige Schulsenator, Herr Apel, hat vor einem Jahr in einem Interview aufgefordert, Lehrer auch anonym zu denunzieren, wenn sie „indoktrinieren". Damals lief — zugleich mit dem Verbot für Lehrer, die Anti-AKW-Plakette im Unterricht zu tragen — die Kampagne gegen kritische literarische Texte. Es gab Anschuldigungen und Untersuchungen gegen Lehrer, die Texte von E. Fried, Süverkrüp und anderen benutzt hatten. Ihnen wurde der Vorwurf der Indoktrination gemacht. Wenn Sie, Herr Grolle, ankündigen, die Kontrolle solle in Zukunft vor allem über den Unterricht verstärkt werden, dann ermuntern Sie damit wie Ihr Vorgänger die Denunziation und Bespitzelung durch Eltern, Lehrer und Schüler. Wir können darin keine Liberalisierung sehen, sondern nur die Fortsetzung einer unheilvollen Tradition, alles, was der jeweiligen Regierung, den Springer-Zeitungen, der CDU, den AKW-Betreibern und sonst noch irgendwelchen Mächtigen nicht paßt, als staatsfeindliche Indoktrination zu verfolgen.

Wir brauchen darum die unmißverständliche, öffentliche Zurücknahme dieser Äußerungen. Das Verbot, die Anti-AKW-Plakette zu tragen, muß öffentlich zurückgenommen werden. Alle Disziplinarverfahren gegen Plakettenträger müssen eingestellt werden. Eine Gesinnungsschnüffelei und Bespitzelung im Unterricht darf es nicht geben!

Für uns als Betroffene ist die auf dem „Radikalenerlaß" und auf den Beamtengesetzen beruhende Berufsverbotspraxis zu einer Existenzbedrohung geworden. Für uns und sehr viele Kollegen bedeuten die Existenz und Praxis des „Radikalenerlasses" oder jedes anderen Beschlusses gleicher Intention (wie zum Beispiel der jüngste Kabinettsbeschluß) und der Beamtengesetze eine Bedrohung unserer demokratischen Rechte.

Wir meinen, daß Ihre Äußerungen und Absichtserklärungen befürchten lassen, daß auch in Zukunft fortschrittliche Kollegen vom Berufsverbot bedroht bleiben bzw. erst noch werden.

Die Abschaffung des „Radikalenerlasses", wie sie diskutiert wird, darf nicht durch die Hintertür einer verschärften Anwendung der Beamtengesetze umgangen werden. Wir fordern:

Weg mit allen Berufsverboten!

M. A., Berufsverbot seit 1. 8. 76 wegen Aktivitäten für die KPD/ML und RHD

Sabine Breustedt, Berufsverbot seit 1975. Vorwurf: Mitgliedschaft im KB und Teilnahme an Demonstrationen und Veranstaltungen

Monika Glenewinkel, Entlassung eingeleitet wegen angeblicher Mitgliedschaft im KB

Gerd Heide, Verfahren eingeleitet wegen Vietnam-Unterricht 1975 und Kandidatur für die KPD in der Bundestagswahl 1976

Jutta Klaß, 10. 3. 78 Verlängerung der Probezeit wegen „Zweifel an der Verfassungstreue". Vorwurf: 14 Veranstaltungsbesuche unter anderem der KPD/ML

Karl-Heinz Kuke, Berufsverbot wegen aktiver Arbeit in der Referendar-Selbstverwaltung.

Johanna Mayr, Berufsverbot November 1973 wegen Mitgliedschaft in der KPD

Hans-Werner Schäfer, seit Sommer 1976 laufendes Berufsverbotsverfahren; im Sommer '78 Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht

Ursula Seppel, nach Ende des Referendariats (Februar '76) „mit Auszeichnung" nicht eingestellt. Vorwurf: Aktivitäten für die KPD/ML

Frauen — „Stiefkinder des Arbeitsmarktes“!

Volkskorrespondenz aus Dortmund

Am 6. Oktober 1978 erschien in der Dortmunder „WAZ“ unter der Überschrift „Manneskraft verkauft sich besser im Beruf“ ein Artikel, der mich sehr empört hat. Der Artikel bezog sich auf eine Studie „Arbeitsbedingungen und Arbeitsbewußtsein erwerbstätiger Frauen“, die kurz zuvor erschienen war. Darin wird etwa festgestellt, daß der Anteil der Frauen an Tätigkeiten „einfacher Art“ unverhältnismäßig hoch sei — bei weiblichen Angestellten 75 Prozent, bei Arbeiterinnen 52 Prozent. Oder daß sich rund 90 Prozent aller berufstätigen Frauen in ihren Verdienstmöglichkeiten den Männern gegenüber benachteiligt fühlen.

Wie aber wird dies in der „WAZ“ erklärt? — Da kommt etwa der Geschäftsführer der Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten, ein gewisser Hans Janisch, zu Wort. „Frauen sind zu unselbständig“, meint er. Er kritisiert, „daß die Frauen selbst keine Initiative entwickeln, um ihre Situation zu verbessern“. Und die „WAZ“ selbst kommentiert: „Frauen im Berufsleben werden nicht schlechter behandelt als ihre männlichen Kollegen — sie kommen an die Rosinen aus dem Erwerbskuchen nicht heran, weil sie schlechter ausgebildet sind. Mangelnde Kenntnisse, mangelndes Selbstbewußtsein und ein deutliches Bildungsdefizit sind auch in Dortmund die Ursachen dafür, daß sich die Frauen als Stiefkinder des Arbeitsmarktes fühlen.“

Also nicht die Unterdrückung der Frau im Kapitalismus, nicht die Einstufung in Leichtlohngruppen etwa ist der Grund dafür, daß die Frauen schlechter bezahlt werden als die Männer, sondern die Frauen — die Betroffenen — selbst. Das ist die alte kapitalistische Logik!



Arbeiterinnen in einem Dortmunder Armaturen-Fertigungsbetrieb

Lieber Leser!

...auf den 1. Dezember hatten wir den Einsendeschluß für unseren Erzählwettbewerb „Aus dem Leben und aus dem Kampf der KPD/ML“ festgelegt. In den letzten Novembertagen, sozusagen auf den letzten Drücker, erreichten uns noch einige Briefe mit Beiträgen zum Wettbewerb.

Jetzt plagt uns der Gedanke, daß es möglicherweise noch einige Genossinnen und Genossen gibt, die sich seit langen Wochen schon mit der Frage herumschlagen, ob sie sich doch noch beteiligen sollen, sich aber noch nicht so recht entscheiden konnten. Ihnen soll geholfen werden: der Einsendeschluß wird um einen Monat auf den 1. 1. 79 verschoben (Poststempel gilt!).

Also: Wer noch unentschlossen ist, der hat jetzt noch einmal die Chance, sich einen Stoß zu geben. Erlebnisse, über die man schreiben kann, gibt es ja genug. Und wie man schreibt, ob in der Form einer Reportage oder Kurzgeschichte, einer kleinen Erzählung oder einer Anekdote, dafür gibt es keine Regeln bei unserem Wettbewerb. Das ist jedem selbst überlassen. Nur in einem sind den Teilnehmern Grenzen gesetzt: der Beitrag soll nicht länger sein als 200 Manuskriptzeilen. Denn was darüber liegt, ist ja bald schon ein Roman.

Die Verfasser der drei besten Beiträge bekommen eine Auszeichnung. Und nicht zu vergessen, jeder Teilnehmer erhält einen Trostpreis.

Veranstaltung der Gesellschaft der Freunde Albaniens

Bochum: Donnerstag, 7. 12. 78, 19.30 Uhr (Einlaß 19 Uhr), Lichtbildervortrag „Im Land der Shqipetaren“ — ein aktueller Reisebericht aus Albanien. Fotoausstellung „Der industrielle Aufbau Albaniens“. Aula der Hauptschule Arndtstraße.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD /ML

- ○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
- ○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“
- ○ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
- ○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Was wird gespielt in Kalkar?

Ein neuer Begriff geistert durch die Kernenergiediskussion: die „Plutoniumvernichtungsanlage“. Erfinder dieser Wortschöpfung ist der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Riemer (FDP), der damit einen Alternativvorschlag zum „Schnellen Brüter“, wie ihn die Atomenergie-Kapitalisten in Kalkar planen, gemacht haben will. So sehr der kritische Laie auch rätseln mag, um was es sich dabei handeln mag, umso mehr scheinen Riemer und sein Parteifreund, NRW-Innenminister Hirsch, auf die Einfältigkeit der Atomkraftwerksgegner zu spekulieren, indem sie ihnen einreden: der „Schnelle Brüter“ erzeugt das gefährliche Plutonium, wir aber wollen es vernichten. In Wirklichkeit handelt es sich bei dem Riemer-Plan um ein geschickt eingefädeltes Manöver.

Ein „Schneller Brüter“ ist ein Atomkernreaktor, bei dem im Zentrum das künstliche Element Plutonium als Spaltmaterial verwendet wird und die bei der Kernspaltung der Plutoniumatome frei werdenden Neutronen dazu genutzt werden, einen Mantel aus natürlichem Uran in Plutonium umzuwandeln. Diese Kernumwandlung von natürlichem Uran zu Plutonium ist der eigentliche Sinn eines „Brüters“. Denn das natürliche Uran besteht nur zu einem geringen Prozentsatz aus dem spaltbaren Uran-Isotop 235, überwiegend aber aus dem nicht spaltbaren Uran-Isotop 238. Durch Kernumwandlung des letzteren kann man aber das spaltbare Plutonium erzeugen. Wenn in dem Mantel mehr Plutoniumatome erzeugt werden als im Kern durch die Kernspaltung vernichtet werden, kann man also insgesamt Plutonium produzieren.

Das Element Plutonium selbst ist insofern „gefährlich“, als es ausgesprochen geeignet zum Bau von Atombomben ist. Wer Plutonium herstellt, kann im Prinzip auch Atombomben bauen, ein Aspekt, der in den Köpfen der Bonner Politiker sicher eine Rolle spielt. Ansonsten ist es aber nicht das Plutonium selbst, das so gefährlich ist (jedenfalls nicht gefährlicher als andere Spaltmaterialien auch), sondern es ist die Konstruktion des „Schnellen Brüters“. Bei diesem Kernreaktortyp verwendet man nämlich die bei der Kernspaltung entstehenden „schnellen“, energiereichen Neutronen, im Gegensatz zu den herkömmlichen Atomreaktoren, wo man mit künstlich abgebremsten, „thermischen“, das heißt langsamen Neutronen arbeitet. Die Eigentümlichkeit eines mit schnellen Neutronen arbeitenden Reaktors besteht aber darin, daß der ganze Prozeß der Atomkernspaltung schwieriger zu kontrollieren ist und dadurch die ohnehin bei jedem Reaktor bestehenden Gefahren bei Betriebsstörungen noch sehr viel größer sind. Mit anderen Worten: Die Betriebssicherheit der „Schnellen Brüter“ ist weitaus niedriger als bei herkömmlichen Reaktoren.

Mit Recht laufen die Atomkraftgegner Sturm gegen den Bau eines solchen gefährlichen Brüters. Das ist allerdings auch eine Tatsache, die Riemer und Hirsch berücksichtigen müssen. Denn auf dem letzten FDP-Parteitag sind sie von der Basis ihrer Partei zu einer Gegnerschaft zum „Schnellen Brüter“ in Kalkar verpflichtet worden. Das ist auch der Grund für den Plan mit der „Plutoniumvernichtungsanlage“. Denn dahinter verbirgt sich nichts anderes als ein ebensolcher „Brüter“, der auch mit Plutonium beschickt wird, der aber ein spaltbares Uran-Isotop aus dem „Brutmaterial“ Thorium (abzubauen in Brasilien!) „ausbrütet“. Also: Plutonium und Thorium werden hineingesteckt, Uran wird gewonnen (während bei dem „Schnellen Brüter“ Plutonium gewonnen wird). Daher auch der Name „Plutoniumvernichtungsanlage“! In der Tat hat dieser Reaktortyp den Vorteil, daß er auch mit langsamen Neutronen betrieben werden kann, was ihn weniger gefährlich macht als den „Schnellen Brüter“.

Dafür hat er aber einen großen „Nachteil“, den der Vizepräsident des „Atomforums“ auch gleich beim Namen nannte, um den „Schnellen Brüter“ zu verteidigen: Er ist wirtschaftlich zu kostspielig, denn seine technische Erprobung würde eine Zeit von 15 Jahren erfordern. Ein entscheidendes Argument für das „Atomforum“ und seine kapitalistischen Auftraggeber! Denn man will ja schließlich möglichst bald viel Geld mit dem Brüten von Spaltmaterial für Deutschlands Atomenergiewerke verdienen, und wenn es auf Kosten der Sicherheit der Bevölkerung geht!

Das alles wissen natürlich auch die FDP-Politiker Riemer und Hirsch. Ihr Theater soll nur dazu dienen, den Widerstand gegen den Bau des „Schnellen Brüters“ zu unterlaufen und die FDP bei den Umweltschützern wieder in Kredit zu bringen. Deshalb auch die starken Worte von Burkhard Hirsch über die „Wirtschaftsinteressen“, die dahinter stünden, und die „Verfassungswidrigkeit der Plutoniumwirtschaft“.



September 1977: Demonstration gegen den Bau des „Schnellen Brüters“

Aber schon jetzt deutet sich an, daß auch die FDP beim Bau des Plutonium-Brüters enden wird: Soeben wurde die Genehmigung der dritten Baustufe von Kalkar beschlossen, unabhängig davon, welcher Brütertyp letzten Endes gebaut wird! Die FDP besteht aber darauf, daß eine vom Parlament eingesetzte „Enquête“ untersuchen soll, welchen Brütertyp man vorziehen soll und daß die „Plutoniumwirtschaft“ so lange als verfassungswidrig zu betrachten sei, wie sie nicht die Zustimmung des Parlaments habe. Ob es dann im Parlament wohl eine Mehrheit für den „Schnellen Brüter“ geben wird? Dreimal dürfen wir raten.

Gedenkfeier auf dem KZ-Friedhof Birnau

Volkskorrespondenz aus Singen

In Birnau bei Überlingen am Bodensee war während der Hitler-Diktatur eine Außenstelle des KZs Dachau, ein Arbeitslager vor allem für Fremdarbeiter, aus dem viele niemals zurückkehrten.

Auf dem kleinen KZ-Friedhof bei Birnau führten am letzten Sonntag wie in jedem Jahr der DGB und die VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) eine Gedenkfeier durch. Das Komitee gegen Reaktion und Faschismus in Singen hatte auch zur Teilnahme an dieser Feier aufgerufen.

Etwa 200 Menschen waren nach Birnau gekommen. Ein älterer Gewerkschafter, der jedes Jahr an der Gedenkfeier teilnimmt, meinte, es wären schon lange nicht mehr so viele Teilnehmer gewesen wie in diesem Jahr. Besonders freute es ihn, daß von Jahr zu Jahr, mehr junge Menschen dabei sind. Der Vertreter des DGB stellte in seiner Rede unter anderem die Forderungen auf: „Auflösung aller Nazi-Parteien und -Verbände!“ und „Weg mit den Berufsverboten!“ Ebenso wie der Redner des VVN sprach er sich gegen eine Verjährung für Nazi-Verbrechen aus.

Spendenkampagne zum 10. Jahrestag der Gründung der KPD /ML

In der letzten Woche gingen für die Spendenkampagne zum 10. Jahrestag der Gründung der KPD/ML folgende Spenden ein:

G. E., Moers	209,00	R. B., Gießen	250,00
Betriebszelle Stadtkrankenhaus, Kassel	517,00	P. K., München	200,00
Betriebszelle Reutlingen	170,00	Genossen aus Darmstadt	510,00
Ehepaar aus Rüsselsheim	1.027,50	K. u. R. P., Hildesheim	200,00
Flohmarkt RG Minden	120,00	Genossen aus Göttingen	350,00
Genossen aus Würzburg	1.150,00	C. G., Düsseldorf	20,00
A. S., Düsseldorf	500,00	P. K., München	200,00
LBV Hamburg-Unterelbe	100,00	I. H. DB, Kassel	190,00
R. L., Idar-Oberstein	10,00	W. H., Augsburg	50,00
„Roter Stern“, Daimler-Benz, Westberlin	600,00	Freunde aus Idar-Oberstein	30,00
S. J., Hamburg	100,00	B. R., Stuttgart	100,00
H. u. M. Sch., Essen	50,00	Genossen aus Kiel	755,00
F. K., Hannover	30,00	Genossen aus Lübeck	50,50
		Insgesamt	**DM 7.480,00**

Damit gingen bisher für die Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML

DM 70.138,10

an Spenden bei uns ein. Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

100.000 DM für die KPD /ML

Spendet auf die Konten der KPD/ML:

Postscheckamt Dortmund Kto.-Nr.: 6420-467

Stadtsparkasse Dortmund Kto.-Nr.: 321 004 547

Stichwort: 10 Jahre KPD/ML